



Universität Potsdam

Forschungspapiere „Regierungsorganisation in Westeuropa“
Heft 01/2005

Werner Jann | Marian Döhler | Julia Fleischer
Thurid Hustedt | Jan Tiessen

Regierungsorganisation als Institutionenpolitik: Ein westeuropäischer Vergleich

Antrag auf Förderung eines Forschungsprojektes
im Normalverfahren der DFG

Forschungspapiere „Regierungsorganisation in Westeuropa“

Heft 01/2005

Werner Jann | Marian Döhler | Julia Fleischer
Thurid Hustedt | Jan Tiessen

**Regierungsorganisation als Institutionenpolitik:
Ein westeuropäischer Vergleich**

Antrag auf Förderung eines Forschungsprojektes
im Normalverfahren der DFG

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
**Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.**

**Forschungspapiere „Regierungsorganisation in Westeuropa“
Heft 01/2005**

Herausgeber: Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Verwaltung und Organisation

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam

Vertrieb: Universitätsverlag Potsdam
 Postfach 60 15 53
 14415 Potsdam
 Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625
 e-mail: ubpub@rz.uni-potsdam.de
 <http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

ISSN 1860-370X
ISBN 3-937786-30-9

© Universitätsverlag Potsdam, 2005

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung der
Autoren / Herausgeber nicht vervielfältigt werden.

Zusammenfassung

Gegenstand ist die Regierungsorganisation in fünf westeuropäischen Ländern, die seit den frühen 1990er Jahren durch Europäisierung, Globalisierung und die Krise des Wohlfahrtsstaates unter erhöhtem Anpassungsdruck stehen. Während sich das politikwissenschaftliche Interesse meist auf den allgemeinen Wandel der „Staatlichkeit“ oder die konkreten Veränderungen von Politikgehalten konzentriert, wird hier in vergleichender Perspektive nach dem Wandel von politischen Strukturen und Prozessen der Regierungsorganisation, insbesondere der Ministerialverwaltung, gefragt. Ausgangshypothese ist, dass die westeuropäischen Regierungssysteme auf die externen Herausforderungen mit Änderungen ihrer „Produktionsstruktur“ von Gesetzen und Programmen reagiert haben. Daraus ergeben sich folgende Kernfragen:

- Welche Veränderungen der Regierungsorganisationen sind zu identifizieren?
- Handelt es sich dabei um Ergebnisse einer reflexiven Institutionenpolitik?
- Ändert sich die strategische Handlungsfähigkeit der Regierungsorganisation?

Ersten empirischen Beobachtungen folgend lässt sich ein Wandel auf drei Dimensionen vermuten: dem wachsenden horizontalen regierungsinternen Koordinationsbedarf, der vertikalen Reorganisation und Funktionsveränderung zentralstaatlicher Exekutiven sowie Veränderungen der Beziehungen mit externen Akteuren bspw. organisierten Interessen, Politikberatern und Konsensbildungskommissionen. Neben der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich sollen die beiden skandinavischen Länder Dänemark und Schweden in die Untersuchung einbezogen werden.

1. Problemaufriss und Forschungsstand

1.1 Problemaufriss

In der politikwissenschaftlichen Forschung über Probleme des Regierens im 21. Jahrhundert besteht Einigkeit darüber, dass die Bundesrepublik wie auch andere europäische Länder durch die simultane Präsenz von europäischem Integrationsprozess, Globalisierung nationaler Märkte und wohlfahrtsstaatlichem Modernisierungsbedarf unter erheblichen Anpassungs- und Veränderungsdruck geraten sind. Der gut entwickelte Forschungsstand erlaubt es, den überwiegend extern induzierten Druck als gegeben zu unterstellen und das Hauptaugenmerk auf Anpassungsreaktionen auf nationaler Ebene zu legen. Auch hierzu liegen eine Reihe von Untersuchungen vor, in denen allerdings erkennbar jenen Problemperspektiven der Vorzug gegeben wird, die sich auf die Makroebene von „Staatlichkeit“ richten, so etwa der Sfb 597 („Staatlichkeit im Wandel“), und dabei u.a. das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft im Sinne von „governance“ (z.B. Kenis/ Schneider 1995; Benz 2003a; Klenk/ Nullmeier 2003), die Herausbildung neuer, mehrstufiger Entscheidungsebenen (Jachtenfuchs/ Kohler-Koch 2003) sowie die veränderte staatliche Rolle als Produzent von Gütern und Dienstleistungen thematisieren. Zugespitzt formuliert liegt der Schwerpunkt des Forschungsinteresses auf dem allgemeinen sowie nach Politikfeldern geordneten Wandel der Staatstätigkeit und den Konsequenzen für den „alten“ Wohlfahrts- und Interventionsstaat sowie dessen Finanzierungs- und Legitimationsgrundlagen.

Der vorliegende Antrag wendet sich dem ungleich weniger beachteten Feld der Regierungsorganisation zu, das sich durch die Kernelemente Kabinett, Regierungszentrale und Ministerialverwaltung eingrenzen lässt – gleichzeitig aber auch funktionale Schnittstellen zu Parlament, Parteiensystem und organisierten Interessen aufweist –, die gemeinsam an Prozessen der Politikformulierung beteiligt sind. Im Begriff der Regierungsorganisation ist der Versuch eingeschlossen, der „conceptual elusiveness of government“ (Andeweg 2003: 40) als Untersuchungsobjekt zu entgehen. Dies entspricht einer Konvention aus der britischen Politikwissenschaft, wo sich das Konzept der „core executive“ zur Analyse von Interaktionszusammenhängen gegenüber der Betonung einzelner Akteure (z.B. Premierminister, Kabinett) durchgesetzt hat (vgl. u.a. Rhodes/ Dunleavy 1995). Als Kernelement der Regierungsorganisation wird der Ministerialverwaltung und ihrer strategischen Rolle besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Allerdings soll es nicht darum gehen, Ministerien als singuläre Akteure oder Merkmalsträger zu untersuchen, sondern vielmehr jenen institutionellen und prozeduralen Verän-

derungen nachzuspüren, die sich an der Ministerialverwaltung als Akteur *im* Regierungssystem ablesen lassen.

Verschiedene aktuelle Untersuchungen (etwa die skandinavischen „Machtuntersuchungen“, siehe dazu 2.3) deuten darauf hin, dass die institutionellen Arrangements der exekutiven Politikformulierung in den letzten Jahren schwieriger geworden sind, etwa durch einen Bedeutungszuwachs der Medien, die Schwächung klassischer politischer Parteien und Interessengruppen, die Verbreitung von Mehrebenensystemen (vor allem, aber nicht nur, durch die EU) und einen u.a. im Gefolge von New Public Management (NPM) Reformen zunehmend fragmentierten und weniger integrierten öffentlichen Sektor (Tranøy/ Østerud 2001; Six 2004). Politikformulierungsprozesse werden als anspruchsvoller, informeller, chaotischer, schneller, durch mehr Akteure, Issues und Verhandlungen geprägt beschrieben. All dies dürfte Auswirkungen auf die Organisation der zentralen Regierungsinstitutionen haben.

Mit seiner Ausrichtung an diesen zentralen Institutionen und Prozessen des Regierungshandelns ist das Projekt an der Schnittstelle zwischen klassischer Regierungslehre, Verwaltungswissenschaft und politikwissenschaftlicher Komparatistik angesiedelt und kann für sich einerseits beanspruchen, eine empirisch wenig bzw. nicht systematisch untersuchte Frage aufzuwerfen, andererseits auch eine integrative Funktion für vorhandene, aber bislang verstreute Theoreme zum Regierungshandeln zu übernehmen. Ein Grund für das bisher geringe Interesse dürfte darin bestehen, dass der Wandel der Regierungsorganisation weniger offenkundig ist als Veränderungen in der Staatstätigkeit bzw. der Staatsstruktur, da ersterer nicht primär im Institutionengefüge oder als messbarer policy-output stattfindet, sondern eher als „functional conversion“ (Thelen 2000: 105) bestehender Strukturen oder als Wandel informeller Prozesse.

Umso wichtiger ist es dann aber, sich genauer mit der Regierungsorganisation zu beschäftigen, da plausibel vermutet werden kann, dass sie die staatliche Handlungsfähigkeit entscheidend bestimmt. Dieser Analysefokus entspringt zunächst der Beobachtung empirischer Phänomene. Dahinter steht aber auch der Versuch, an neo-institutionalistische Konzepte anzuknüpfen, welche die ordnungsstiftende Rolle von Institutionen und ihre Stabilität betonen (vgl. March/ Olsen 1989; Steinmo et al. 1992; Pierson 2000). Prozesse des Wandels erscheinen dann häufig als Unterbrechung von „institutional equilibria“ durch tiefgreifende Konflikte oder Performanzkrisen (vgl. Clemens/ Cook 1999). Wir wollen dieser institutionalistischen Makroperspektive eine stärker akteurzentrierte Binnenperspektive zur Seite stellen, die ihr

Aufmerksamkeitsraster jenseits von Regimewechseln und Systemtransformation („critical junctures“) ansiedelt und institutionellen Wandel auch im politischen „Normalbetrieb“ für möglich hält. Denn wie nachfolgend zu zeigen sein wird, spricht vieles für die These, dass Strukturen und Prozesse der Regierungsorganisation vom oben beschriebenen Anpassungsdruck nicht ausgenommen bleiben, sondern sich infolge neuer Akteure, veränderter Interessenlagen und -konstellationen sowie erhöhter funktionaler Anforderungen an die Konsensbildungs- und Problemverarbeitungskapazität im – freilich nach Ländern variierenden – Umbruch befinden.

Die Bearbeitung dieser Thematik setzt einen empirischen Bezugspunkt voraus, der den (alten) Status quo markiert und als Ausgangspunkt für die Bestimmung von Intensität und Richtung struktureller wie auch prozeduraler Wandlungsprozesse dienen kann. Das ist zunächst über eine zeitliche Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes zu erreichen. Obwohl nicht davon auszugehen ist, dass Veränderungen der Regierungsorganisation ab einem bestimmten Zeitpunkt sprunghaft zugenommen haben, ist die Annahme plausibel, dass der Umbruch in Osteuropa, die Intensivierung der europäischen Integration seit dem Vertrag von Maastricht (1993) und globalisierungsfördernde technische Innovationen (Internet, Telekommunikation) eine erhöhte nationalstaatliche Reaktionsgeschwindigkeit sowie größere Handlungskapazitäten erfordern, um mit politischen Programmen auf gestiegene Anforderungen reagieren zu können. Die frühen 1990er Jahre markieren den Beginn des Untersuchungszeitraumes, ohne dass damit unterstellt wird, dass sich die Regierungsorganisation hier erstmals verändert hätte (vgl. bereits Campbell 1983; Brunsson/ Olsen 1993; Grande 1993). Wohl aber gehen wir davon aus, dass sich die Adaption an externen Druck durch ihre Intensität und Richtung von vorangegangenen Zeiträumen wie auch vom ohnehin stattfindenden Wandel durch besondere institutionenpolitische Anstrengungen abhebt. Vergleicht man die heutige Situation z.B. mit der Wahrnehmung der „neokonservativen Wende“ der frühen 1980er Jahre, die im Gefolge des „externen Schocks“ der Ölpreiserhöhungen und anschließender Wirtschaftskrise zu einem tiefgreifenden programmatischen Wandel von Parteien geführt hatte, wurden die wesentlichen Konsequenzen damals in den Politikergebnissen, nicht aber im Regierungsapparat gesehen (vgl. Lehmbruch et al. 1988).

Das Interesse der Regierung an sich selbst ist vor allem im bundesdeutschen Kontext selten Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung gewesen, da die Ernüchterung aus der Planungsdebatte der 1970er Jahre sowie die nicht eben erfolgreiche Geschichte von Verwal-

tungsreformen (so auch Hesse/ Benz 1988: 3) kein besonderes Zutrauen in den Erklärungswert „binnenstruktureller“ Faktoren (Scharpf 1982) einschließlich der Regierungsorganisation aufkommen ließ. Insbesondere in Skandinavien aber auch in Großbritannien haben diese Fragestellungen ein deutlich stärkeres Interesse gefunden, was sich unter anderem an aufwendigen Forschungsprojekten wie den skandinavischen „Magtudredninger“ und dem britischen Whitehall-Forschungsprogramm zeigt. Indes spielt in diesen Forschungsprojekten der vergleichende Aspekt keine wesentliche Rolle. Die somit bestehenden weißen Flecken auf der Landkarte komparativer Forschung sollen mit Hilfe folgender Kernfragen ausgefüllt werden:

Kernfrage 1: Grundlage der Untersuchung ist zunächst die Frage, ob und in welchen Dimensionen sich die Regierungsorganisation der fünf westeuropäischen Länder verändert, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede auftreten. Beispiele wären u.a. die Konzentration von Politikformulierungskompetenzen, insbesondere in der Regierungszentrale, die Etablierung nicht-majoritärer Institutionen oder die verstärkte Nutzung externer Politikberatung. Diese Aufzählung ist zwangsweise unvollständig, da sich erst im Verlauf der empirischen Analyse der Umfang und die einzelnen Elemente des Wandels feststellen lassen. Gleichwohl lassen sich diese und andere Beispiele in drei Dimensionen konzeptionalisieren (vgl. 3.2), nämlich als Veränderungen der horizontalen, der vertikalen und der externen Interaktionen von Regierungsorganisation.

Kernfrage 2: Hat man Wandel der Regierungsorganisation empirisch ermittelt, drängt sich die Frage nach den Ursachen von Veränderungen auf, insbesondere nach deren Intentionalität und Gestaltbarkeit. Gibt es, wie anhand der neuartigen starken Stellung des dänischen Finanzministeriums in einer exemplarischen Studie argumentiert wird, ein bewusstes institutionelles Design, bei dem direkte hierarchische Steuerung weder normativ (Präferenz für dezentrale Selbststeuerung) noch funktional akzeptiert wird (begrenzt Wissen und begrenzte Macht der zentralen Akteure) und daher neue Formen der indirekten, institutionellen und reflexiven Interaktion entwickelt werden (Jensen 2003)? Gibt es eine neue interne Steuerungsphilosophie und einen „Meta-Governor“, der institutionelle Arrangements verändert, um andere Akteure der Regierungsorganisation dazu zu bringen, sich in die Richtung seiner Präferenzen zu bewegen, also einen Designer, der systematisch verbindliche Spielregeln und Weltbilder durchsetzt, oder ergeben sich Veränderungen ad hoc und ungeplant und sind eher inkohärent und widersprüchlich? Hier wird Institutionenpolitik definiert als die bewusste Gestaltung organisatorischer, prozeduraler und kognitiver Aspekte der Regierungsorganisation (vgl. hierzu die

Konzepte von „reflexive government“ (Dean 1999), „meta-governance“ (Jessop 1998) oder auch „third order governing“ (Kooiman 2000)), die entweder dazu dient, deren Handlungskapazität als kollektiver Akteur nach außen zu steigern, oder aber eigennützigen bzw. machtpolitischen Kalkülen entspringt. Schon deshalb kann nicht davon ausgegangen werden, dass Institutionenpolitik immer als Optimierungsprozess verläuft. Ebenso denkbar ist, dass ihre Resultate die Handlungsfähigkeit negativ beeinflussen. Schließlich sind auch Veränderungen der Regierungsorganisation vorstellbar, die nicht intendiert waren, sondern sich als zufällige Effekte des Akteurshandelns ergeben (emergente Anpassung).

Kernfrage 3: Mit Hilfe der vorangegangenen Frage lässt sich zwar klären, ob die Regierungsorganisation Gegenstand bewusster Gestaltungsaktivitäten war. Das bleibt allerdings so lange unbefriedigend, wie nicht zumindest der Versuch unternommen wird, die sich daraus beinahe zwangsläufig ergebende Frage zu klären, ob dies tatsächlich Auswirkungen im Sinne von positiven oder negativen Effekten auf die strategische Handlungsfähigkeit der Regierungsorganisation gehabt hat. Diesem Problem widmet sich die abschließende dritte und wohl schwierigste Kernfrage. Dabei soll geklärt werden, ob die beobachteten Veränderungen der Regierungsorganisation sowie ihrer internen Spielregeln und Weltbilder erkennbare Auswirkungen auf strategische Handlungsfähigkeit einer Regierungsorganisation haben, etwa bezüglich der Formulierung und Durchsetzung einer kohärenten politischen Programmatik. Damit will das Projekt einen Beitrag leisten zu der Frage nach der Gestaltbarkeit politischer Kerninstitutionen und den Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit westeuropäischer Regierungen.

Die grundlegende Ausgangshypothese des vorliegenden Antrages lautet, dass die westeuropäischen Regierungssysteme auf die externen Herausforderungen der letzten Jahre mit Änderungen ihrer internen Strukturen und Prozesse reagiert haben. Zusammenfassend sollen folgende Kernfragen bearbeitet werden:

- Welche Veränderungen der Regierungsorganisationen sind zu identifizieren?
- Handelt es sich dabei um Ergebnisse einer reflexiven Institutionenpolitik?
- Ändert sich die strategische Handlungsfähigkeit der Regierungsorganisation?

1.2 Länderauswahl

Die Anforderungen an die Begründung der Länderauswahl variieren in der sozialwissenschaftlichen Komparatistik stark mit der zugrunde liegenden Fragestellung, dem Untersuchungsziel und den eingesetzten Erhebungsmethoden (vgl. Geddes 1990; Lieberson 1991). Auch im vorliegenden Fall gilt es, die Gefahr eines ergebnisverzerrenden „selection bias“ (Geddes 1990: 132 ff.) zu berücksichtigen, wenngleich quantitativ-statistische Untersuchungen von diesem Problem in sehr viel stärkerem Maße betroffen sind. Die hier vorgenommene Länderauswahl beruht auf einer Kombination aus Auswahl- und Ausschlusskriterien, die eine andere Sample-Zusammensetzung zwar nicht ausschließen, aber die Entscheidung für die Länder Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden überzeugend begründen.

Um einen gleichgelagerten externen Veränderungsdruck unterstellen zu können, muss auf Fälle zurückgegriffen werden, die sich ökonomisch auf einem ähnlichen Entwicklungsniveau befinden und zudem Mitglied der EU sind, was ebenfalls untersuchungswürdige Länder wie z.B. die Schweiz oder Norwegen ausschließt. Zentral sind allerdings die positiven Auswahlkriterien. Die fünf Länder sind alle dem Typ des „cabinet government“ zuzurechnen, das sich durch die Wahl der Regierung durch das Parlament und die Bedeutung kollektiver Entscheidungsfindung im Kabinett vom präsidentiellen Regierungssystem unterscheidet (vgl. Laver/Shepsle 1994). Das semi-präsidentielle Regierungssystem Frankreichs (vgl. Elgie 1996; 1999) stellt zwar einen Grenzfall dar, in dem allerdings die Machtverteilung zwischen Staatspräsident und Premierminister schwankt (vgl. Keeler/ Schain 1996) und einzelne Minister sehr wohl eine politisch wichtige Rolle spielen können, so dass die Einordnung unter den Typ des cabinet government zulässig ist. Grundsätzlich gilt für die ausgewählten Fälle, dass die Ministerialverwaltung eine Schlüsselposition in der Politikformulierung einnimmt, also ähnliche Ausgangsbedingungen vorherrschen, die einen klaren Bezugspunkt für die Frage nach Veränderungen innerhalb der Regierungsorganisation schaffen. Das Sample erlaubt zudem eine kritische Auseinandersetzung mit quantitativen Studien wie der von Schnapp (2001), der zufolge sich unsere Länderauswahl als beinahe perfekte Streuung auf dem Kontinuum des politischen Einflusspotenzials der Ministerialverwaltung darstellt. Während Frankreich und Großbritannien die Extrempole mit dem stärksten bzw. dem schwächsten Einflusspotenzial repräsentieren, nimmt Dänemark exakt die Mittelposition ein, wohingegen für die schwedische Ministerialverwaltung ein eher schwaches, für die deutsche Ministerialverwaltung ein eher starkes Einflusspotenzial ermittelt wird (vgl. Schnapp 2001: 246 f.).

1.3 Stand der Forschung

Da sich das Forschungsvorhaben mit Institutionen und Prozessen des Regierungshandelns und damit einem politikwissenschaftlichen Kernbereich beschäftigen will, ist der Umfang der relevanten Literatur tendenziell unüberschaubar. Daher werden nachfolgend nur jene Stränge der Forschung rekapituliert, an deren Ergebnissen entweder unmittelbar angeknüpft werden kann, oder aber die charakteristisch sind für die bisher dominierenden und womöglich ergänzungsbedürftigen Problemperspektiven. Aus dieser – notgedrungen – selektiven Literaturlauswahl lassen sich die folgenden Themenfelder als bedeutsam herausstreichen: (1) Zum einen wird auf die zentralen Erkenntnisse der Forschung zu Globalisierung, Wohlfahrtsstaat und Europäisierung – in diesem Forschungsprojekt als die externen Druckmomente auf den Wandel von Regierungsorganisation und Politikformulierung verstanden – zurückgegriffen. Zum anderen kann (2) an eine breite Literatur zu einzelnen Elementen der Regierungsorganisation angeknüpft werden, die sich – in Anlehnung an das gleichnamige IPSA Research Committee – als „Structure and Organisation of Government“ (SOG) zusammenfassen und durch Beiträge aus der Debatte um (3) New Public Management ergänzen lässt. Schließlich bietet die Literatur zu (4) Institutionenpolitik einen inhaltlichen wie auch konzeptionellen Ansatzpunkt für dieses Forschungsprojekt.

(1) Unter dem Schlagwort „Globalisierung“ werden seit einigen Jahren in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften jene Veränderungen marktwirtschaftlicher Strukturen debattiert, die durch den Anstieg internationalen Handels und ausländischer Direktinvestitionen, der Entstehung transnationaler Konzerne und einer Internationalisierung der Finanzmärkte umschrieben werden (für die verschiedenen Definitionen vgl. Zürn 1998). Im politikwissenschaftlichen Diskussionszusammenhang steht zumeist die Frage im Vordergrund, ob und inwiefern Globalisierung staatliche Handlungsfähigkeit berührt (Zürn 1998; Beck 1998), insbesondere werden die fiskalischen Effekte eines verstärkten Standort- und Systemwettbewerbs für wohlfahrtsstaatliche Systeme thematisiert (vgl. Scharpf 1994, 1997a; Sinn 1994; Garrett 1995, 1998a, 1998b; Ganghof 2000; Streeck 1999; Genschel 2000, 2002). Es gilt mittlerweile als unbestritten, dass sich Globalisierung auf wohlfahrtsstaatliche Entwicklung auswirkt (vgl. Scharpf/Schmidt 2000; Garrett/Mitchell 2001; Genschel 2003).

Daneben ist der traditionelle Wohlfahrtsstaat auch anderweitig unter Druck geraten: So wird auf sozialstrukturelle Gründe (vgl. Kaufmann 1997; Ostner/Lessenich 1998; für eine Übersicht vgl. Heinze et al. 1999), Legitimitätsprobleme (vgl. die Zusammenfassung bei Zimmer

2000) und institutionelle Defizite der modernen Wohlfahrtsstaaten (Schmidt 1988; Pierson 1991; Offe 1995) verwiesen. Im Zentrum der empirischen Wohlfahrtsstaatsforschung steht – häufig in Bezug zu Esping-Andersen (1990) – die Reaktion der Staaten auf den wahrgenommenen Veränderungs- und Reformdruck. In diesen policy-analytischen und häufig auch international vergleichenden Studien wird auf wohlfahrtsstaatliche Programme im Gesamten Bezug genommen (vgl. Esping-Andersen 1996; Schmidt 2001; Siegel 2002), oder es werden einzelne Bereiche wohlfahrtsstaatlicher Programmatik untersucht (vgl. z.B. Döhler 1990; Immergut 1992; Pierson 1994; Clasen 1999, 2000; Giaimo/ Manow 1999; Huber et al. 1999; Sainsbury 1999; Lewis 2000). Im Ergebnis thematisieren all diese Diskussionszusammenhänge einen massiven wohlfahrtspolitischen Problem- und Reformdruck.

Die Entstehung, Entwicklung, Dynamik und Auswirkungen der europäischen Integration werden in der Politik- und Verwaltungswissenschaft aus verschiedenen Perspektiven untersucht. Zunächst dominierte mit der Analyse der Effekte von mitgliedstaatlichen Bemühungen eine theoretisch geprägte bottom up Perspektive auf den europäischen Integrationsprozess (für die verschiedenen Ansätze vgl. Moravcsik 1993, 1998; Peterson 1995; Marks et al. 1996; Scharpf 1999; Hooghe/ Marks 2001; Aspinwall/ Schneider 2001; Jupille et al. 2002; Jachtenfuchs/ Kohler-Koch 2003). In der jüngeren Forschung rücken nun in einer top down Perspektive die Wirkungen und Einflüsse der europäischen Integration auf die Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt des Interesses. Gegenstand ist sowohl die Europäisierung nationaler Policies (Knill/ Lenschow 1998; Caporaso/ Jupille 2000; Héritier et al. 2001), wie auch die Veränderung nationaler Politics (Mazey/ Richardson 1993; Greenwood/ Aspinwall 1998; Jeffery 2002; Eising 2002). Für das beantragte Forschungsprojekt von besonderer Bedeutung sind neuere Untersuchungen, die sich mit den Veränderungen administrativer Strukturen und Prozesse befassen und dabei – wie auch schon die frühen Studien von Wallace (1971, 1973) – inkrementelle Anpassungsprozesse, aber keinen substanziellen Wandel beobachten (Page/ Wouters 1995; Harmsen 1999; Goetz/ Hix 2001). Daneben steht in der jüngsten Forschung die Koordination der EU-Politik auf nationaler Ebene im Mittelpunkt des Interesses. Hierbei wird grundsätzlich auf einen erhöhten Koordinationsbedarf im Zuge der europäischen Integration hingewiesen und zudem die Etablierung neuer institutioneller Arrangements zur Koordination von EU-Politik in den Mitgliedstaaten beschrieben und analysiert (Metcalf 1994; Kassim et al. 2000; Wright/ Hayward 2000; Hayward/ Wright 2002; Thurner/ Stoiber 2002; Stoiber 2003). Auch theoretisch werden Auswirkungen der europäischen Integration auf die Verwaltungen der Mitgliedstaaten diskutiert: Während einige Autoren von einer Stärkung

nationaler Exekutiven (Moravcsik 1994) ausgehen, vermuten andere eine Machtverlagerung zu Gunsten subnationaler Akteure (Marks et al. 1996; Sandholtz/ Stone Sweet 1998).

Es ist also hinreichend gut dokumentiert, dass die traditionellen westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten unter enormen Anpassungs- und Veränderungsdruck geraten sind. Die Globalisierungsliteratur zeigt dies vorwiegend unter Bezugnahme auf den „Staat“, die empirische Wohlfahrtsstaatsforschung durch die Analyse von Policies, während die Europäisierungsforschung den Einfluss fortschreitender europäischer Integration auf nationale politisch-administrative Prozesse und Strukturen untersucht. Eine Analyse der Auswirkungen dieses Veränderungsdrucks auf die Regierungsorganisation steht allerdings noch aus. Hier setzt das beantragte Forschungsprojekt an. Zusammenfassend verdeutlicht nachfolgende Tabelle die Anknüpfungspunkte der relevanten und hier rekapitulierten Forschungsstränge für das beantragte Forschungsprojekt:

Tabelle 1: Analysedimensionen verschiedener Diskurse zu staatlichem Wandel

Diskurs	Globa- lisierung	Wohlfahrts- staat	Europäi- sierung	Projektantrag
Analysedimension				
Staat	++	+	+	-
Policies	+	++	+	-
Regierungsorganisation	-	-	+	++

(2) Die wissenschaftliche Analyse von Regierungsorganisationen wird bisher vor allem durch Untersuchungen über einzelne Kernelemente, wie Ministerialverwaltung, Kabinett, Minister, Regierungszentrale, Regierungschefs, sowie im weiteren Sinne Parlament und Parteiensystem dominiert, integrierte Darstellungen sind hingegen selten.

Die Rolle der Ministerialverwaltung in der Regierungsorganisation wurde erstmals Mitte der 1970er Jahre empirisch in international vergleichender Perspektive untersucht. Dabei wurde ihre unerwartet bedeutsame Rolle in der Politikformulierung herausgearbeitet und so die Ministerialverwaltung als Analyseeinheit erkannt. Diese „Entdeckung“ der „Mandarins of Western Europe“ (Dogan 1975) legte den Grundstein für nachfolgende Untersuchungen, die diesen Befund bestätigen (z.B. Aberbach et al. 1981). Gleichermaßen bieten diese Analysen

erstmals einen Einblick in interne Strukturen und Verfahren der Ministerialverwaltungen verschiedener Länder. Daneben werden darin erste (verwaltungs-)soziologische Befunde vorgelegt (Blondel 1985; Derlien 1986), die in jüngster Zeit aktualisiert worden sind (vgl. Aberbach 2003 sowie die weiteren Beiträge in Governance 2003, Heft 3).

Anfang der 1980er Jahre rückt das Kabinett als zentrales Koordinationsgremium in den Mittelpunkt des Interesses. Diese Forschung beschäftigt sich v.a. mit Organisation, Verfahrensweisen und Entscheidungsstrukturen im Kabinett. Neben formalen Aspekten werden auch informelle Mechanismen bspw. in Form von Ausschusssystemen analysiert (Blondel 1982, 1998; Pollitt 1984; Mackie/ Hogwood 1985; Blondel/ Müller-Rommel 1993).

Einhergehend mit der festgestellten hohen Bedeutung von Koordination für die Regierungsorganisation (vgl. Siedentopf 1976) setzen sich einige Studien mit der Rolle der Regierungszentralen auseinander. Von zentralem Interesse ist hierbei, welche Mechanismen zur Koordination und Steuerung der Regierungsarbeit eingesetzt werden und wie die Interaktionen mit anderen zentralen Akteuren der Regierungsorganisation erfolgt (Rose/ Suleiman 1980; Campbell 1983; King 1985; Peters et al. 2000; Knudsen 2000a). Daneben werden in diesem Diskussionszusammenhang (eher normative) Fragen zu Politikstilen untersucht (Korte/ Hirscher 2000).

Die Forschung zur Beziehung zwischen Exekutive und Legislative beschäftigt sich v.a. mit den Kompetenzen des Parlaments im policy-making. Damit wird implizit auch die Rolle der Ministerialverwaltung in der Politikformulierung berührt (vgl. v.a. King 1975; siehe auch Jann 1989; Saalfeld 1990; Andeweg 1992; Müller 1993; Andeweg/ Nijzink 1995; Damgaard 2000).

Für die internen Veränderungen in den Regierungssystemen der von uns ausgewählten Länder kann zumindest für die skandinavischen Länder und Großbritannien auf die Ergebnisse umfassender Forschungsprogramme zurückgegriffen werden, die sich in ihren einzelnen Beiträgen mit den Kernelementen der Regierungsorganisation, den spezifischen Kräfteverhältnissen zwischen ihnen, aber auch den Prozessen der Politikformulierung beschäftigt haben, und die bisher in Deutschland nur unzureichend rezipiert wurden. In Großbritannien handelt es sich um das prominente ERSC Whitehall Programm (mit insgesamt über 300 Studien, vgl. Rhodes 2000a), in Skandinavien um die umfangreichen, von Parlament bzw. Regierung geförderten

Untersuchungen. In Schweden waren bzw. sind dies „Maktutredningen“ (SOU 1990 m.w.N.; Petersson 1991), „Demokratiutredningen“ (SOU 2000 m.w.N.) und das 2003 eingesetzte „Ansvarkommitten“ (Regeringen 2003) und in Dänemark die gerade abgeschlossene „Magtudredningen“ (Togeby et al. 2003 m.w.N.). Sowohl die britischen wie skandinavischen Studien bieten auch theoretische Anknüpfungspunkte für das beantragte Forschungsprojekt, so die im Rahmen des Whitehall-Programms entwickelte britische Governance-Diskussion (Rhodes 1997, 2000b) oder die klassische skandinavische Verbindung zwischen Organisationstheorie und Regierungslehre, für die auch die beiden norwegischen „Maktutredninger“ (Olsen 1983, Østerud et al. 2003 m.w.N.) und die in diesem Zusammenhang entstandenen Studien (z.B. Christensen/ Lægneid 2002) zu nennen sind.

(3) Gegen Ende der 1980er Jahre entstand mit der NPM-Debatte eine weitere Forschungsrichtung, die sich mit der Reform der öffentlichen Verwaltung beschäftigt und somit auch Elemente der Regierungsorganisation aufgreift. Besonders die Arbeiten, die sich aus einer politikwissenschaftlichen, teilweise komparativen Perspektive mit Reformen der öffentlichen Verwaltung beschäftigen, bieten einen wertvollen Anknüpfungspunkt für dieses Forschungsprojekt (Hood 1991; Flynn/ Strehl 1996; Lane 1997, 2000; Naschold et al. 1999; Pollitt/ Bouckaert 2000; Wollmann/ Schröter 2000; Peters/ Pierre 2001). Diese Arbeiten analysieren Ursachen, Inhalt und Ergebnisse zentralstaatlicher Verwaltungsreformen, inwieweit diese Reformen jedoch in Richtung eines einheitlichen Reformmodells konvergieren, ist umstritten (vgl. Hood 1998; Premfors 1998; Pollitt 2001; Schröter 2001). Die Bedeutung des eher normativ und präskriptiv geprägten Teils der NPM-Literatur (z.B. Osborne/ Gaebler 1992; Schedler/ Proeller 2000) besteht im Rahmen des beantragten Forschungsprojektes vor allem in dessen Wirkung auf nationale Reformbemühungen. Diese Wirkungen werden in der Diskussion um den Einfluss ordnungspolitischer Leitbilder, Ideologien sowie international propagierter Reformkonzepte auf nationale Reformbemühungen auch wissenschaftlich problematisiert (vgl. Lerdell/ Sahlin-Andersson 1997; Bevir/ Rhodes 1998, 2003; Christensen/ Lægneid 2001; Sahlin-Andersson 2001; siehe Bevir et al. 2003 sowie die weiteren Beiträge in *Public Administration* 2003, Heft 1).

(4) Ein weiterer Strang politikwissenschaftlicher Forschung befasst sich ebenfalls aus einer Veränderungsperspektive mit der Organisation politischer Systeme. Im Mittelpunkt der Literatur zur „Institutionenpolitik“ steht die Frage nach dem Wandel und der Veränderbarkeit politischer Institutionen. Dabei lassen sich, zumindest theoretisch, zwei Idealtypen institutio-

nellen Wandels unterscheiden (Czada/ Schimank 2000): Zum einen Institutionendynamik als die unintendierte Entstehung spontaner Ordnung, zum anderen Institutionengestaltung als das Ergebnis intentionaler Manipulation sozialer Regelwerke, die von „reflexive government“ (Dean 1999) bis hin zu „meta-governance“ (Jessop 1998) und „third order governing“ (Kooiman 2000) reicht. Durch die Nutzung eines erweiterten Institutionenbegriffs, der auch eine kognitive und symbolische Dimension umfasst (kollektive Interpretationsschemata, Mythen, Paradigmen usw.), geht das Konzept einer Institutionenpolitik über eine reine Regierungs- oder Verwaltungsreformperspektive und reine Organisationspolitik deutlich hinaus (vgl. auch Türk 1989; Benz 1990; Benz et al. 1995). Das Spektrum institutionenpolitischer Untersuchungen ist weit gefächert, im Kern fragen diese Arbeiten nach den Auswirkungen intendierten oder eigendynamischen Wandels auf verschiedene Charakteristika des politischen Systems wie Partizipationsmöglichkeiten oder Legitimität (vgl. die Beiträge in Nedelmann 1995; König et al. 1997; Hinrichs et al. 2000). Anknüpfungsfähig für dieses Forschungsprojekt ist insbesondere die international vergleichende Analyse verschiedener Staatsorganisationen von Hesse und Benz (1990), die sich mit den Auswirkungen intendierten und eigendynamischen Institutionenwandels auf die Leistungsfähigkeit des Staates beschäftigt.

Mit der Frage nach der strategischen Handlungsfähigkeit (vgl. Scharpf 2000) greift der Antrag sowohl institutionenpolitische Überlegungen als auch einen Aspekt der Steuerungsdiskussion wieder auf, der mit dem Aufstieg der Implementationsforschung Mitte der 1970er Jahre aus dem Blickfeld geraten war. Stand zu Beginn der Steuerungsdebatte das Steuerungssubjekt – also der Staat und seine Steuerungsfähigkeit – im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, so verlagerte sich der Fokus der Forschung mit der Entdeckung des „Vollzugsdefizits“ auf die Steuerbarkeit gesellschaftlicher Teilbereiche und damit auf das Steuerungsobjekt (Mayntz 1987, 1995). Mit der Frage nach der strategischen Handlungsfähigkeit als einer zentralen Voraussetzung staatlicher Steuerungsfähigkeit knüpfen wir ausdrücklich an die klassische Studie von Mayntz und Scharpf (1975) an und schreiben sie in vergleichender Perspektive sowohl empirisch wie theoretisch fort.

Die vorliegende Literatur zu SOG und NPM liefert umfassende Beschreibungen und Erklärungen zur Funktionsweise einzelner Elemente der Regierungsorganisation. Integrierte, die Regierungsorganisation im Gesamten betrachtende Darstellungen sind dagegen rar, eine unter Einbeziehung der veränderten Bedingungen des Regierens aktualisierte Darstellung und Analyse der Funktionsweise der Regierungsorganisation und Politikformulierung fehlt ganz. Es

fehlen vor allem aktuelle Studien, welche die Veränderungen der Regierungsorganisation zu empirischen und theoretischen Erkenntnissen der Verwaltungs- und Institutionenpolitik und zur Frage nach der strategischen Handlungsfähigkeit in Beziehung setzen.

1.4 Eigene Vorarbeiten

Der Antragsteller und die vorgesehenen Mitarbeiter beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit Problemen zentralstaatlicher Politikformulierung und -umsetzung (Jann 1989, 1994; Jann/Tiessen 2004) sowie mit Fragen der vergleichenden Verwaltungsforschung und Verwaltungskultur (Jann 1983, 1988; Feick/ Jann 1988; Jann 2000). Insbesondere sind am Lehrstuhl vielfältige Erfahrungen und komparative Kenntnisse über Regierungsorganisation, Ministerialverwaltung und administrative Modernisierungsprozesse vorhanden. Derzeit wird ein vergleichendes DFG-Projekt über die Transformation der Ministerialverwaltung in mittel- und osteuropäischen Staaten durchgeführt (Jann 2004). Der Antragsteller kann über zahlreiche nationale und internationale Kontakte, insbesondere durch seine Tätigkeit als Präsident der European Group of Public Administration (EGPA), den Zugang zu relevanten Forschungseinrichtungen bzw. Regierungsinstitutionen öffnen. Die für das Forschungsprojekt vorgesehenen Mitarbeiter verfügen durch einschlägige akademische Qualifikationsarbeiten (Döhler 2004a; Fleischer 2003; Hustedt 2003; Tiessen 2003), umfangreiche Forschungen zu verwandten Themen (Döhler/ Manow 1997; Döhler 2001, 2002, 2004b; Fleischer 2004; Hustedt 2004; Tiessen 2004) und die erforderlichen Sprachkenntnisse über die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Projektdurchführung.

2. Ziele und Arbeitsprogramm

2.1 Ziele

Das Forschungsprojekt soll einen empirischen Beitrag zur Weiterentwicklung der vergleichenden Politik- und Verwaltungsforschung liefern, indem auf der Grundlage vergleichender Länderfallstudien die Bemühungen und die strategische Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen bzw. einzelner Akteure zum „institutional engineering“ ihrer eigenen Regierungsorganisation in den Mittelpunkt gerückt werden. Gefragt wird nach (1) einheitlichen Trends und unterschiedlichen Entwicklungspfaden, (2) nach der möglichen politischen Steuerung dieser Veränderungen im Sinne einer bewussten, reflexiven Institutionenpolitik und (3) nach erkennbaren Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der jeweiligen Regierungssysteme. Damit ist die vorliegende Problemstellung zwar eher geeignet, fallspezifische Erklärungen zu produzieren als Generalisierungen nach dem „wenn... dann...“-Muster, was angesichts der Erklärungsleistungen, die komplexe Makrophänomene erfordern, aber nicht zu gering geschätzt werden sollte. Auf diesem Wege lassen sich *theoriefähige* Aussagen (vgl. Mayntz 2002: 13 f., 18 f.) zur strukturellen Entwicklung und Strategiefähigkeit der Regierungsorganisation gewinnen, so dass die hier verfolgte Fragestellung in hohem Maße anschlussfähig ist für zentrale politik- und verwaltungswissenschaftliche Diskussionsstränge, insbesondere jene zu Stabilität, Wandel und Gestaltbarkeit institutioneller Arrangements sowie neuer Formen von governance.

2.2 Arbeitsprogramm

Das beantragte Forschungsprojekt soll mit Hilfe folgender konzeptioneller Überlegungen, die sich an den drei zentralen Forschungsfragen orientieren, handhabbar gemacht werden. Dabei werden vorläufige Arbeitshypothesen formuliert, die einerseits der analytischen Zuspitzung dienen, andererseits aber verdeutlichen sollen, welche konkreten empirischen Fragen das Projekt in Angriff nehmen will. Schematisch lässt sich die Vorgehensweise wie folgt darstellen:

nisterium. Tendenzen zu einer Zentralisierung von Regierungsinitiativen sind in Großbritannien (Rhodes/ Dunleavy 1995; Clifford 2000; Heffernan 2003), in der Bundesrepublik (vgl. Bröchler 2001; Murswieck 2003) und Schweden (Jacobsson 2001) beobachtet worden. Für Dänemark wurde verschiedentlich auf die herausgehobene Stellung des Finanzministeriums als zentraler Akteur hingewiesen (Knudsen 2000b; Jensen 2000, 2003). Als zweite Koordinationstechnik ist an die Gestaltung bzw. Veränderung des Ressortzuschnitts zu denken, mit der auch inhaltliche Ziele verfolgt werden. Beispiele dafür wären etwa die Errichtung von „giant departments“ in Großbritannien (Pollitt 1984) während der 1970er Jahre, die Restrukturierung von Bundesministerien in Deutschland, bspw. die des ehemaligen bundesdeutschen Agrarministeriums zum Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft oder die Errichtung des „Superministeriums“ aus dem vormaligen Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, oder auch die Verschmelzung des Arbeitsmarkts-, Kommunikations-, Handels- und Wirtschaftsministeriums zu einem neuen „superdepartement“ in Schweden (Persson 2002, 2003). Drittens schließlich werden Gremien wie Kabinettausschüsse oder interministerielle Arbeitsgruppen für die regierungsinterne Koordination eingesetzt (vgl. Siedentopf 1976; Quermonne 1993: 306 ff.; Hayward/Wright 2002: 52 ff.; Knudsen 2000c).

Gemeinsam ist all diesen Koordinationstechniken, dass sie den Ressortegoismus dämpfen, Kooperation erleichtern oder die Machtverteilung zwischen Regierungsinstitutionen ausbalancieren bzw. verändern sollen. Daneben sind natürlich Parteien bzw. mehr oder minder entwickelte Zwänge zur Bildung von Koalitionsregierungen von zentraler Bedeutung für regierungsinterne Interaktionen (Laver/ Shepsle 1996; Kropp et al. 2002; Müller/ Strøm 2003; für Dänemark vgl. Knudsen 2000c). Auf der Basis dieser Beobachtungen lässt sich folgende Hypothese formulieren:

- ▶ In allen Untersuchungsländern ist eine Konzentration der Politikformulierungskompetenzen bei einzelnen zentralen Akteuren der Regierungsorganisation zu beobachten (*Konzentrationsthese*). Politikformulierungsprozesse werden dadurch integrierter, politisierter, generalisierter und autonomer, d.h. weniger fragmentiert, sektoral- und bürokratiebestimmt und reaktiv. Die Bedeutung der klassischen Ministerialbürokratie nimmt ab.

b) Vertikale Interaktionen und vertikale Organisation der Exekutive: In dieser Dimension werden jene Veränderungen zusammengefasst, die sich auf die Arbeitsteilung und Steuerung zwischen Ministerialverwaltung und den nachgeordneten Behörden beziehen. Als wesentliche Triebkräfte hinter diesem – neuerdings als „agencification“ (Pollitt et al. 2001) bezeichneten – Phänomen sind auf der einen Seite die internationale Diffusion von NPM-Reformen zu sehen, die mit der Begründung einer überlegenen Effizienz die Trennung zwischen „policies“ und „operations“ propagieren (Pollitt/ Bouckaert 2000; Pollitt/Talbot 2003). Bouckaert (2004) sieht bspw. nicht nur eine Tendenz zur organisatorischen Spezialisierung, sondern auch einen Trend zum „de-coupling“ des Politikzyklus, also eine Funktionsverlagerung aus Ministerien auf andere Verwaltungseinheiten. Zudem hat die seit den 1980er Jahren stattfindende Privatisierung und Liberalisierung ehemals staatlich organisierter Infrastrukturmonopole (Telefon, Post, Bahn, Energie) ein neues Aufgabenprofil hervorgebracht, das sich als „Regulierungsstaat“ (vgl. Majone 1996, 1997; Grande/ Eberlein 2000; Sturm et al. 2002) charakterisieren lässt. Diese Beobachtungen sind für die hier interessierende Fragestellung von unmittelbarer Relevanz, da die sich in Großbritannien (Greer 1994; Elder/ Page 2000) und Skandinavien (vgl. Christensen/ Lægreid 2001; Egelund Lange 2002, Molander et al. 2002) abzeichnenden Kontrollprobleme verselbständigter Behörden verdeutlichen, dass das Vordringen von „non-majoritarian institutions“ (vgl. Majone 1996; Thatcher/ Stone Sweet 2002) Kräfteverschiebungen innerhalb des Regierungsapparates zur Folge haben kann. Ob die Ministerialverwaltung dadurch an politischem Einfluss verliert, ist eine offene empirische Frage, deren Analyse einen wichtigen Bestandteil der hier verfolgten Fragestellung bilden muss.

Inwieweit der Aufstieg des Regulierungsstaates, aber auch das Modernisierungsziel der policies/operations-Trennung einen realen Wandel hervorruft, wird vor allem von der bereits existierenden Struktur der Bundes- bzw. Zentralverwaltung abhängen. Dabei lassen sich zwei Falltypen unterscheiden. Zum einen gibt es zentralisierte Staaten, wie Großbritannien und Frankreich mit jeweils umfangreichem ministerialen Unterbau, in denen die Abspaltung neuer Behörden mit regulativen Aufgaben zu einer weitreichenden Restrukturierung der Ministerialorganisation führt. Auf der anderen Seite stehen Länder wie Schweden, Dänemark oder die Bundesrepublik, an denen das agencification-Phänomen deshalb keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat, weil Ministerien dort ohnehin nie nennenswerte und dezentralisierbare Vollzugsfunktionen inne hatten, sondern traditionell ein System nichtministerieller Bundesbehörden existiert, die in mehr (Schweden) oder minder großem Umfang (Deutschland) be-

reits über Attribute des Modells der unabhängigen Regulierungsbehörde verfügen (vgl. Molander et al. 2002; Döhler 2002; Döhler/Jann 2002). Während für Großbritannien und Frankreich schon aufgrund der veränderten vertikalen Arbeitsteilung Konsequenzen für die Regierungsorganisation vermutet werden können, wird man diesen Zusammenhang in den anderen Fällen nicht antreffen. Bedenkt man aber z.B. die von der EU-Kommission verfolgte Strategie, ein Netzwerk nationaler Regulierungsbehörden als Ansprech- und Vollzugspartner zu installieren (vgl. Everson et al. 1999; COM(2002): 718; Dehousse 2002), dann erscheint die Vermutung keineswegs abwegig, dass daraus eine Gewichtsverschiebung zwischen Politik und Verwaltung resultieren kann, die alle hier untersuchten Fälle einschließt. Denn Regulierungsbehörden, die an der EU-Politikformulierung beteiligt sind, könnten gegenüber den Ministerien an politischer Statur, insbesondere an Politikformulierungskompetenz gewinnen, und zwar unabhängig davon, welche ministeriellen Steuerungskompetenzen derzeit bestehen (ein solcher Rollenwechsel ist beschrieben bei Gains 2003: 12 ff.). Dies lässt sich auf folgende Hypothese zuspitzen:

- ▶ Unabhängige (Regulierungs-) Behörden steigen zu eigenständigen Akteuren in der Regierungsorganisation auf und nehmen als solche an Prozessen der Politikformulierung teil (*Fragmentierungsthese*). Politikformulierung wird dadurch, möglicherweise gegenläufig zur ersten Hypothese, autonomer, fragmentierter und technokratischer, d.h. weniger hierarchisch und politisch integriert. Auch hier sinkt die Bedeutung der klassischen Ministerialbürokratie.

c) Externe Interaktionen, administrative Interessenvermittlung und Politikberatung:

Eine wesentliche Quelle ministerieller Politikformulierungskompetenzen lag traditionell im engen Kontakt zu organisierten Interessen. Insbesondere in Deutschland (vgl. Sebaldt 1997; Mayer/ Naji 2000: 35) und Frankreich (Suleiman 1974), aber auch in Großbritannien (Richardson 1993; Grant 2000; Plöhn 2001) und Dänemark (Christiansen et al. 2001; Christiansen/ Nørgaard 2003a) haben empirische Untersuchungen nachgewiesen, dass die Ministerialverwaltung die bevorzugte Anlaufstelle für lobbyistische Aktivitäten im Regierungssystem darstellt. Dies hat immer wieder zu klientelistischen Interessenverflechtungen geführt, die nicht nur für die Verbände, sondern auch für die Ministerien vorteilhaft sein können (vgl. dazu Lehbruch 1987, 1991, 1995) und wiederholt als „Ko-Evolution“ privater Interessen- und staatlicher Entscheidungsstrukturen thematisiert worden sind (z.B. Voelzkow/ Eichener 1994; Döhler/ Manow 1997; Baumgartner et al. 2003).

Folgende Entwicklungstendenzen deuten nun darauf hin, dass etablierte Beziehungen zwischen Ministerien und Verbänden einer partiellen Erosion unterliegen: Auf der einen Seite lässt sich eine Pluralisierung vormals geordneter Verbandsstrukturen (Rothstein/ Bergström 1999; Blom-Hansen 2000; Christiansen/ Nørgaard 2003a) verbunden mit dem Aufstieg des „Konzern-Lobbying“ (vgl. Coen 1998; für Dänemark Christiansen/ Nørgaard 2003b) feststellen. Auf der anderen Seite erfährt die Interessenvermittlung eine zunehmende Professionalisierung durch kommerzielle „Public Affairs“-Agenturen (vgl. Koch 2003; Lahusen 2003; Christiansen/ Nørgaard 2003b) oder auch Anwaltskanzleien, die keine originären Interessen vertreten, sondern als „hired guns“ von Unternehmen oder Organisationen agieren und damit eine Ausdifferenzierung zwischen „traditionellem Verbands- und neuem Auftragslobbyismus“ (Sebaldt o.J.: 12) vollziehen. Daraus kann auf Veränderungen in den Prozessen der Interessenvermittlung geschlossen werden, indem sich die „target structure“ für Einflussversuche verändert und neben der Ministerialverwaltung andere Kerninstitutionen der Regierungsorganisation – insbesondere das Parlament – zunehmend attraktive Ansprechpartner für Interessenvertreter werden.

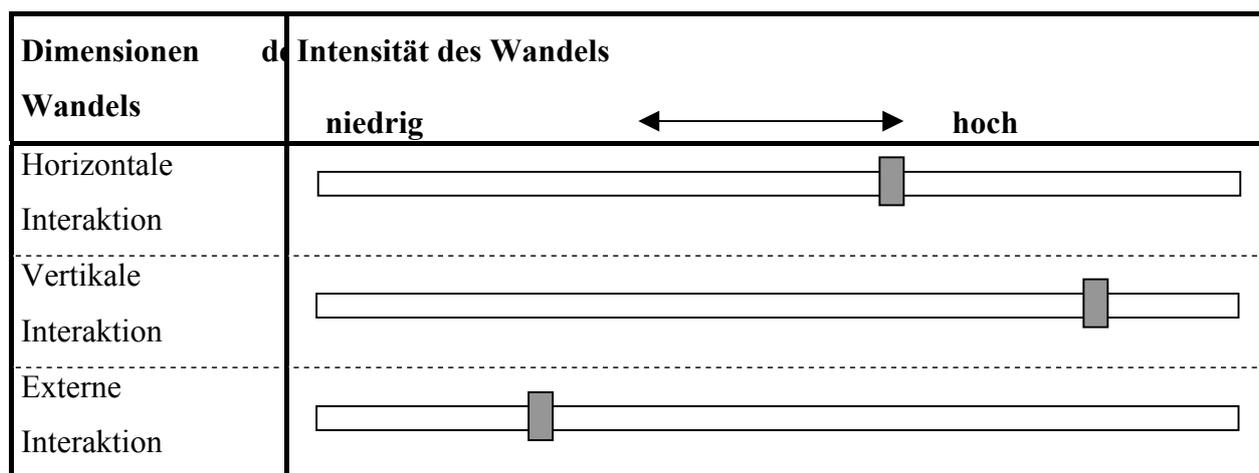
Daneben zeichnet sich eine weitere Veränderung der externen Kontakte der Ministerialverwaltung wie auch anderer Akteure der Regierungsorganisation ab. In unterschiedlicher Intensität werden Politikberatungs- und -formulierungskompetenzen auf Gremien oder Institutionen verlagert, die außerhalb der Exekutive angesiedelt sind. Dabei handelt es sich vor allem um politische think tanks, Unternehmensberatungen, Sachverständigenräte oder für einzelne Gesetzgebungsverfahren ins Leben gerufene Gremien wie die Hartz- oder Rürup-Kommission in Deutschland (vgl. z.B. Heinze 2002). Während in Schweden Kommissionen, die u.a. mit Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen besetzt sind, zum normalen Gesetzgebungsverfahren gehören (Halvarson et al. 2003; Jann/ Tiessen 2004), hat z.B. in Großbritannien die „Royal Commission“ als ein zentrales Instrument der Politikvorbereitung seine starke Bedeutung verloren (Bulmer 1993). Seit der Regierung Thatcher sind dafür allerdings verstärkt neoliberale think tanks und große Unternehmensberatungen als Ideengeber und Reformpromotoren in den Vordergrund gerückt (vgl. Efficiency Unit 1994; Saint-Martin 2000; Ridley 2000; McGann/ Weaver 2002). Auch in Dänemark ist zu beobachten, dass externe Experten zunehmend und in unterschiedlicher Form in die Politikformulierung einbezogen werden (Albæk 1999, 2004).

Die Gründe für diese Externalisierung politischer Expertise liegen einerseits im verstärkten Bedarf an zusätzlicher fachlicher bzw. wissenschaftlicher Expertise, die von der Ministerialverwaltung nicht vorgehalten werden kann. Andererseits wird versucht, durch Kommissionen oder Konsensrunden politisch kompromissfähige Lösungen zu formulieren (Unkelbach 2001; Siefken 2003), die auf dem Weg der klassischen, vor allem aus ministeriellen Gesetzentwürfen gespeisten Prozessen der Politikformulierung nur noch schwer zu erreichen sind. Eine solche Externalisierung kann sich auch gegen Ministerien richten, denen keine klientel-unabhängige Expertise mehr zugetraut wird. Besonders deutlich wurde das im Zuge der Hartz-Kommission in Deutschland, mit deren Hilfe das traditionell gewerkschaftsnahe Arbeitsministerium umgangen werden sollte (vgl. zum Hintergrund Weimar 2003). Durchaus denkbar ist auch, dass die Externalisierung von Beratungsleistungen einen Verlust an agenda-setting-Kompetenzen für solche Ministerien bewirkt, die hier zuvor eine unangefochtene Monopolstellung inne hatten. Diese Beobachtungen lassen sich in folgender Hypothese zusammenfassen:

- ▶ Die Ausdifferenzierung der externen Kontaktstrukturen bewirkt eine Kompetenzdiversifikation in der Politikformulierung (*Externalisierungsthese*). Diese wird politisierter, transparenter und medien-bestimmter, d.h. weniger sektoralisiert und korporatistisch kontrolliert, mit stärkeren professionellen Lobbyisten und schwächeren Interessengruppen und „cosy triangles“. Die klassische Ministerialverwaltung verliert an Bedeutung.

Der Stellenwert dieser Dimensionen und vorläufigen Hypothesen besteht darin, eine analytische „Portionierung“ des Untersuchungsgegenstandes vorzunehmen. Aufgrund divergierender institutioneller Ausgangsbedingungen kann unterstellt werden, dass die fünf Länder in unterschiedlichem Maße auf externen Druck reagieren und einzelne Faktoren entweder gar nicht als Wandel auftreten (z.B. Kommissionswesen in Schweden), vollkommen fehlen oder sogar gegenläufige Entwicklungen zu beobachten sind. Das ist keineswegs ein Nachteil, da sich daraus die Möglichkeiten zur Falsifizierung unserer ersten groben Hypothesen und zur weiteren Hypothesengenerierung ergeben (vgl. Sartori 1991), die sowohl auf funktionale Äquivalente aufmerksam machen als auch unterschiedliche nationale Anpassungsreaktionen aufzeigen. Das wird aber erst durch die Verknüpfung und gleichzeitige Berücksichtigung der Untersuchungsdimensionen möglich. Dies lässt sich mit dem Modell des „Schiebereglers“ (vgl. Wiesenthal 2000: 64) für die drei Dimensionen des Wandels wie folgt abbilden:

Abbildung 2: Dimensionen des Wandels im Schiebereglermodell



2.2.2 Kernfrage 2: Gibt es reflexive Institutionenpolitik?

Ausgehend von den empirischen Befunden der Frage 1 sollen Existenz und Ausmaß einer reflexiven Institutionenpolitik analysiert werden. Dabei ist der Begriff Institutionenpolitik in der Literatur nicht eindeutig und trennscharf definiert (vgl. Kap 2.3). Wir verstehen Institutionenpolitik als bewusste Gestaltung struktureller und prozeduraler Aspekte der Regierungsorganisation, die sich auf den drei Dimensionen der horizontalen, vertikalen und externen Interaktion beobachten lassen. Unter dem Begriff „Institution“ werden demnach formale Strukturen und Prozesse ebenso wie informelle Komponenten innerhalb der Regierungsorganisation gefasst, sowie kulturelle Elemente wie Spielregeln und Weltbilder (vgl. March/ Olsen 1989, Scott 1995). Es gilt zu untersuchen, inwiefern Staaten in der Lage sind, ihre eigenen Organisationsgrundlagen zu reformieren (Hesse/ Benz 1988: 4) – es geht damit um die Gestaltung und Beeinflussung institutioneller Strukturen und Verfahren zur Gesetzesproduktion in allen Politikbereichen (vgl. Jann 1999, 2001, 2002). Daneben werden aber auch eher ungeplante und eigendynamische Prozesse sowie emergente Muster (Mintzberg/ Waters 1985) als Ursachen für Veränderungsprozesse in die Untersuchung miteingeschlossen.

Institutionenpolitik wird hier in Analogie zu einem „normalen“ Politikfeld betrachtet (vgl. Jann 2001), so dass sich an Konzepte anknüpfen lässt, wie sie etwa Scharpf (2000) für die empirische Policy-Analyse beschreibt. Damit sollen zunächst die relevanten Akteure des Politikfeldes „Institutionenpolitik“ identifiziert und deren Vorgehen bzw. deren Strategien (im Sinne institutionenpolitischer Programme) herausgearbeitet werden. Gibt es Akteure, die aktiv ein eigenes, ausformuliertes, institutionenpolitisches Programm verfolgen, die also ganz bewusst die bestehenden institutionellen Strukturen und Weltbilder verändern wollen? Wenn so

etwas intendiert ist, muss es sich in programmatischen Verlautbarungen niederschlagen. Dabei sollen insbesondere die jeweiligen Darstellungen über Ziele, intendierte Ergebnisse sowie veränderte Leitbilder untersucht werden. Leitbilder werden dabei verstanden als „focal points“ (Garrett/ Weingast 1993) der kognitiven und strategischen Orientierung, die eine gewisse Bindungskraft für das Handlungsrepertoire der Akteure besitzen und deshalb Anreize zu einer Instrumentalisierung schaffen.

Grundsätzlich ist zu konzedieren, dass das Politikfeld Institutionenpolitik – in enger Anlehnung an das Politikfeld Verwaltungspolitik – einige Spezifika aufweist. Institutionenpolitik wird nicht durch ein Ressort bearbeitet und verantwortet (Ausnahme sind Ministerien für den öffentlichen Dienst bzw. Sektor). Die für andere Politikfelder charakteristischen engen Verflechtungen zwischen Verwaltung, parlamentarischen Ausschüssen und Interessengruppen, die gemeinsam den jeweiligen Politiksektor bilden, lassen sich hier nicht identifizieren. Ebenso werden keine Politikergebnisse im materiellen Sinne produziert. Institutionenpolitik ist klassische indirekte und reflexive Steuerung: Akteure denken über ihre Steuerungsfähigkeit nach und versuchen, diese zu steuern.

Aus der Perspektive des klassischen politik- und verwaltungswissenschaftlichen Steuerungs-begriffes sind zudem Steuerungssubjekte und -objekte als identisch zu betrachten, d.h. in diesem stark selbstreferentiellen Handlungsfeld sind die Absender zugleich die Adressaten institutionenpolitischer Handlungen (Scharpf 1987; vgl. Jann 2001). Ein wesentliches Problem bei allen Versuchen, politisch-administrative Institutionen zu verändern, besteht also darin, dass Institutionenpolitik von den Institutionen selbst betrieben wird, wodurch nicht zuletzt institutionelle Eigeninteressen berührt werden, die im politischen Prozess besonders privilegiert sind (Scharpf 1987: 122 ff.): Zum einen besitzen die Mitglieder solch politisch-administrativer Institutionen spezialisiertes Wissen über die Mitgestaltung politischer Entscheidungsprozesse, zum anderen verfügen sie über bevorzugte Zugangsmöglichkeiten zu solchen Entscheidungsarenen. Es steht zu vermuten, dass diese besondere Akteurskompetenz gleichermaßen als Anreiz wie auch als Hindernis für eine bewusste Institutionenpolitik fungiert.

Hinzu kommt, dass die Interessen jener Akteure in der Regierungsorganisation betroffen sind, die eher den Status Quo bewahren wollen, so dass bei allen Versuchen institutioneller Veränderungen mit internen Widerständen zu rechnen ist. Diese werden durch die Unterstützung der externen Kooperationspartner in den jeweiligen „materiellen“ Politikfeldern bestärkt, wel-

che in potenziellen Veränderungen eine Gefährdung ihrer Einflusschancen sehen (Scharpf 1987: 127). Die politische Führungsebene versagt sich zumeist institutionenpolitischen Themen (Ellwein 1995), unter anderem weil Aufmerksamkeitskapazitäten und Ressourcen politischer Akteure stärker an kurzfristigen – wie die eigene Wiederwahl – als an langfristigen Erfolgen orientiert sind (March/ Olsen 1983). Erfolge institutionenpolitischer Maßnahmen hingegen können nur in langfristiger Perspektive erwartet werden (vgl. Böhret 1983).

Auf Grund dieser Restriktionen ist es plausibel anzunehmen, dass sich nicht alle Akteure gleichermaßen engagieren. Institutionenpolitische Aktivitäten werden nur von Akteuren mit entsprechenden Interessenlagen, Aufmerksamkeitsrastern, Funktionen bzw. Kompetenzen und nicht zuletzt Ressourcen durchgeführt – dies dürfte vor allem auf die jeweilige Regierungszentrale und/oder das Finanzministerium zutreffen (Wanna et al. 2003). Aufgrund ihrer funktionalen Ausrichtung auf koordinierende Querschnittsaufgaben, die dazugehörige Ressourcenausstattung, ihre nicht per se mit einem bestimmten materiellen Politikfeld verbundenen Interessen und spezifischen Aufmerksamkeitsprofile können diese Akteure als besonders „geeignet“ für die Formulierung von Institutionenpolitik gelten, was zu folgender Hypothese führt:

- Es gibt in einigen Ländern eine reflexive Institutionenpolitik, die durch (zumeist) einen Akteur dominiert wird (*Meta-Governor-These*). Dies ist entweder die Regierungszentrale oder das Finanzministerium, andere Akteure (etwa Innen-, Justiz- oder Verwaltungsreformministerien) sind dazu nicht in der Lage.

Dabei wird sich im Laufe des Projektes genauer herausstellen, ob Veränderungen in der Regierungsorganisation in allen drei Dimensionen reflexiv gesteuert worden sind oder ob dies nur in einer Dimension geschehen ist und Wandel in den weiteren Dimensionen andersartig erfolgte. Während es z.B. in Großbritannien und Dänemark Hinweise auf eine bewusste institutionelle Steuerung dieser Entwicklungen gibt (Kavanagh/ Richards 2001; Ling 2002; Jensen 2003), ist dies in Deutschland und Frankreich deutlich weniger ausgeprägt (siehe aber die Ausführungen von Steinmeyer (2001) zur Interaktion der Regierung mit externen Akteuren und die Diskussionen im Rahmen der Initiative „Progressive Governance“).

2.2.3 Kernfrage 3: Ändert sich die strategische Handlungsfähigkeit?

In Kernfrage 3 steht nicht die materielle Qualität bestimmter Entscheidungen im Vordergrund, sondern die kollektive Fähigkeit einer Regierung, kohärente politische Entscheidungen zu produzieren. Es geht um Veränderungen, um „improving the quality of interaction“ (vgl. Scharpf 1997b, 2000) im Regierungsapparat, und zwar unter Bedingungen, in denen das Ausmaß und die Variabilität kausaler Interdependenzen in praktisch allen Politikfeldern zunimmt (Scharpf 2000: 322). Das Konzept der strategischen Handlungsfähigkeit ist ohne Zweifel schwierig zu operationalisieren, da das „Intelligenter-Machen des Apparats“ (Mayntz/Scharpf 1973: 117) bisher vor allem als präskriptive Forderung diskutiert worden ist, aber weder eine eindeutige Definition von strategischer Handlungsfähigkeit noch ein Bewertungsmaßstab für deren Veränderung oder gar Erhöhung vorhanden ist.

Das von Scharpf vorgelegte Konzept der „Fähigkeit zu strategischem Handeln“ (Scharpf 2000: 107 ff.) bietet aber Ansatzpunkte einer Operationalisierung. Demnach lässt sich die Fähigkeit zu strategischem Handeln durch den Grad der Integration der Präferenzen (evaluative Dimension) und den Grad der Kohärenz der vorherrschenden kognitiven Orientierungen (kognitive Dimension) beschreiben. Entscheidend für das Ausmaß von strategischer Handlungsfähigkeit sind dabei die „institutionellen Bedingungen“ (Scharpf 2000: 108), die zur Bearbeitung der entlang beider Dimensionen entstehenden Konflikte beitragen. Diese ermöglichen und begrenzen die Anwendung verschiedener „Interaktionsformen“ (Hierarchie, Verhandlung, Abstimmung) in der Bearbeitung jener Konflikte (Scharpf 2000). In Ergänzung zu der eher groben Klassifikation von Interaktionsformen sollen die analytischen Unterscheidungen von Koordinationsformen (insbesondere positive und negative Koordination) sowie die Typologisierung von Entscheidungsstilen in „bargaining“, „confrontation“ und „problem-solving“ (vgl. Scharpf 1989) aufgegriffen werden, um Veränderungen in Interaktionsformen und Entscheidungsstilen nachweisen zu können.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, veränderten Strukturen und Weltbildern nachzuspüren, wie sie beispielsweise von der Regierungszentrale durch den Versuch einer Hierarchisierung von Entscheidungsprozessen, durch modifizierte Abstimmungs- oder Konfliktschlichtungsregeln zwischen Ministerien oder einen Neuzuschnitt einzelner Ressorts herbeigeführt werden können, wie sich das am Beispiel des deutschen Landwirtschafts- und jetzigen Verbraucherschutzministeriums beobachten ließ. Während die Einführung hierarchischer Mechanismen die Handlungsfähigkeit bei divergierenden Präferenzen sichert, können sie bei der Lösung

kognitiver Konflikte dysfunktional wirken (Scharpf 2000: 109). Entscheidend ist, inwiefern Zentrifugalkräfte und Interessenunterschiede zwischen Ministerien, innerhalb des Kabinetts sowie zwischen Regierungszentrale und Ministerien gemindert und durch eine gemeinsame Handlungsorientierung ersetzt wurden.

Die vergleichende Anlage des beantragten Projekts ermöglicht es, ähnliche Erfahrungen mit den Effekten von Institutionenpolitik vergleichenden Plausibilitätstests zu unterwerfen. So könnten bspw. die gut erkennbaren Effekte einer starken Zentralisierung der Regierungsorganisation in einem Land mit den weniger eindeutigen Wirkungen in einem anderen Fall kontrastiert werden, um auf diese Weise Anhaltspunkte für die Bewertung strategischer Handlungsfähigkeit zu erhalten. Angestrebt wird eine Positionierung unserer fünf Untersuchungsländer in einer Matrix, die sich hypothetisch folgendermaßen darstellen ließe:

Abbildung 3: Institutionenpolitik und strategische Handlungsfähigkeit im Vergleich

		Grad der reflexiven Institutionenpolitik	
		intensiv	schwach
Strategische Handlungsfähigkeit	höher	DK GB	S
	niedriger	F	D

Daraus lässt sich folgenden Hypothese ableiten:

- Die strategische Handlungsfähigkeit der core executives entwickelt sich in den untersuchten Ländern ungleich (*Strategie-These*). Dies ist zumindest teilweise auf den Umfang der jeweiligen Institutionenpolitik zurückzuführen, allerdings spielen auch längerfristige Pfadabhängigkeiten eine entscheidende Rolle.

2.3 Vorgehensweise und Zeitplan

Das Forschungsvorhaben ist dem Typ qualitativer Länderfallstudien zurechenbar. Dabei verfolgen die einzelnen Länderstudien eine retrospektive Herangehensweise, deren Ausgangspunkt länderspezifisch zu bestimmen ist, da die hier interessierenden Prozesse des Wandels jeweils zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingesetzt haben. Das beantragte Forschungsprojekt basiert auf zwei grundlegenden Arbeitsschritten, die sich nach Evaluation und Interpretation unterscheiden lassen.

(1) Zunächst kann für die Bearbeitung auf der Evaluationsebene auf die einschlägige Literatur – sowohl hinsichtlich der einzelnen Untersuchungsländer, insbesondere der konzeptionalisierten drei Dimensionen des Wandels, als auch grundlegender Aspekte – zurückgegriffen werden. Eine weitere wichtige Quelle für die Erhebung institutionenpolitischer Aktivitäten bilden gesetzliche und untergesetzlichen Regelungen, insbesondere Geschäftsordnungen, sowie Veröffentlichungen der beteiligten Akteure. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass über wichtige Maßnahmen, die die Strukturen und Verfahren der Regierungsorganisation betreffen, in der überregionalen Tages- und Wochenpresse berichtet wird, die zu diesem Zweck einer Auswertung unterzogen werden sollen. Im Mittelpunkt der empirischen Analyse steht die Durchführung von Experteninterviews mit beteiligten Akteuren aus der Regierungsorganisation sowie mit einschlägig forschenden Wissenschaftlern bzw. externen Beobachtern, die als Kontrollgruppe gegenüber den handelnden Akteuren genutzt werden kann, da zu erwarten ist, dass deren Informationen nicht frei von eigeninteressierten Darstellungen sind. Gefragt werden soll nach strukturellen und prozeduralen Indikatoren, wie sie nachfolgend beispielhaft aufgelistet sind (vgl. Tab. 2).

Table 2: Indikatoren von Veränderung der Regierungsorganisation

Indikator	Horizontale Interaktionen	Vertikale Interaktionen	Externe Interaktionen
strukturell	<ul style="list-style-type: none"> • Umbau der Regierungszentrale • Ressortzuschnitt • Kabinettausschüsse • interministerielle Konsultationsgremien 	<ul style="list-style-type: none"> • Etablierung (und Auslagerung) nachgeordneter Behörden 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung von Interessengruppen, think tanks, PA-Agenturen und Sachverständigenräten, Kommissionen (etc.)
prozedural	<ul style="list-style-type: none"> • Untergesetzliche Kodifizierungen zur Koordination der Regierungsarbeit (bspw. Mitzeichnungsregeln) • Streitschlichtungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Steuerungsverfahren zwischen Ministerien und nachgeordnetem Bereich (Kontrakte) • Kompetenzwandel (Mandat) von Agencies • Rechtssetzungsbefugnisse/-beteiligung der Agencies 	<ul style="list-style-type: none"> • Untergesetzliche Kodifizierungen zur Interaktion mit externen Akteuren (Verhaltensregeln) • Konsultations-/ Repräsentationsverfahren gegenüber externen Akteure

Die strukturellen Indikatoren lassen sich entlang der drei Dimensionen für die Erfassung der horizontalen, vertikalen und externen Interaktionen differenzieren. Ob und in welchem Umfang sich z.B. Organisationen und Ressortzuschnitte verändert haben, soll anhand von Organisationsplänen für den Untersuchungszeitraum nachvollzogen werden. In der Dimension der vertikalen Interaktionen kann als grobe Orientierung für das Maß an Veränderungen zunächst die Zahl und die personelle Ausstattung (neuer) Behörden dienen, in denen politiknahe Aufgaben wahrgenommen werden. Im Hinblick auf die externen Interaktionen ist ebenfalls eine Auswertung bereits existierender Datenbestände vorgesehen, die unter anderem Auskunft über das Wachstum bzw. die Veränderung der Verbändelandschaft geben, hier sollen vornehmlich jene über die bevorzugten Anlaufstellen von Interessengruppen berücksichtigt werden (für Deutschland Sebaldt 1997; Eising 2002; für Dänemark Ronit 1998; Christiansen/Nørgaard 2003a; für Schweden Hermansson et al. 1999; für Großbritannien Grant 2000; Coxall 2001). Des Weiteren sollen Erhebungen über die ministerielle Gremienstruktur (Beiräte etc.) (für Deutschland vgl. BT-Drs. 13/10761) und insbesondere auch über die Mitgliedschaft von Interessenvertretern in Kommissionen, Aufsichtsräten der Behörden u.ä. Organen herangezogen werden (vgl. Hermansson et al. 1999; Albæk 2004). Daneben sind offizielle Abschlussberichte – insbesondere bezüglich Mandat bzw. Etablierung und Zusammensetzung – jener Gremien nutzbar, die im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren agieren. Zusätzlich sollen Übersichten und Studien über Art und Häufigkeit von Kontakten neuartiger Politikberatungs-

agenturen sowie Unternehmensberatungen oder Anwaltskanzleien genutzt werden (vgl. Efficiency Unit 1994; Christiansen/ Nørgaard 2003b).

Ein ähnliches Vorgehen ist für die prozeduralen Indikatoren vorgesehen. In der Dimension der horizontalen Interaktionen sollen die Veränderungen kodifizierter Koordinationsregeln nachgezeichnet und analysiert werden, die zur interministeriellen Abstimmung im Vorfeld von Gesetzgebungsverfahren bestehen, etwa der „Ministerial Code of Conduct“ in Großbritannien (vgl. Baker 2000), oder auch die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung in Deutschland. Daneben sollen die formellen Verfahren zur Streitschlichtung zwischen Ministerien, z.B. „arbitrages“ in Frankreich (Thiébaud 1997: 112 f.) eingehend analysiert werden. Zur Erfassung informeller Regeln und Mechanismen, die nicht in kodifizierten Verfahrensregeln festgelegt sind, sollen vor allem die Experteninterviews dienen. Für die Erfassung veränderter Funktionen und Steuerungsprozesse in der nichtministeriellen Zentral- bzw. Bundesverwaltung können Untersuchungen von Zielvorgaben (insbesondere Kontrakte) und Jahresberichten dienen (vgl. Greve 2000; Molander et al. 2002). In der Dimension der externen Interaktionen schließlich sollen die Verhaltensregeln für die Ministerialverwaltung im Umgang mit externen Interessen – so genannte „codes of conduct“ – hinsichtlich ihrer Etablierung und Veränderung analysiert werden.

Darüber hinaus sollen dimensionenübergreifend die Staats- und Verwaltungstraditionen der Untersuchungsländer analysiert werden, und zwar nicht nur als ordnungs- und legitimitätsstiftende Ideen (vgl. Dyson 1980), sondern auch als die Fähigkeit zur Selbstreflexion über Regierungsorganisation und deren Veränderungsbedürftigkeit. Daraus sind wesentliche Aufschlüsse über den politischen Umgang mit Reformen der staatlichen Binnenstruktur zu erwarten. Es sollen länderspezifische Problemwahrnehmungen von Funktionsdefiziten und Reformvorhaben identifiziert werden, von denen angenommen werden kann, dass sie ein Indiz für real stattfindenden oder als notwendig erachteten Wandel repräsentieren (vgl. Bevir et al. 2003 sowie die weiteren Beiträge in *Public Administration* 2003, Heft 1). Solche „Reformdiskurse“ der Regierungsorganisation können von den politischen Akteuren selbst artikuliert werden oder in deren Umfeld (u.a. Wissenschaft, Medien) stattfinden, bspw. die Debatten um Kommissionswesen und Einbeziehung professioneller, externer Berater in Deutschland, die „joined-up government“-Initiative der Regierung Blair (vgl. Kavanagh/ Richards 2001), die umfassenden „Machtuntersuchungen“ in Skandinavien oder die Diskussion um „autorités administratives indépendantes“ in Frankreich (vgl. Conseil D’Etat, 2001: 328 ff.). Schließlich sol-

len diese empirischen Befunde systematisiert und strukturiert werden, um so die jeweils länderspezifischen Veränderungen der Regierungsorganisation abbilden zu können.

(2) In einem zweiten Arbeitsschritt sollen – auf der Interpretationsebene – die gewonnenen empirischen Befunde im Hinblick auf die drei Kernfragen des beantragten Forschungsprojektes analysiert werden. Das zentrale methodische Vorgehen orientiert sich dabei an der Methodentriangulation – also an der Kontrastierung der einzelnen Befunde aus den Literatur- und Dokumentenanalysen mit den Experteninterviews (vgl. Jick 1979; Flick 1992; Silverman 1995). Es sollen also die Ergebnisse des ersten Arbeitsschrittes aufgegriffen und unter dem der jeweiligen Forschungsfrage entsprechenden analytischen Fokus rekonstruiert und interpretiert werden.

Die komparative Anlage des Forschungsprojektes orientiert sich an einer Vorgehensweise, die Sidney Verba (1967: 114 f.) vor geraumer Zeit als „disziplinierte konfigurative“ Analyse bezeichnet hat: „Explanations may be tailored to the specific case, but they must be made of the same material and follow the same rules of tailoring“ (Verba 1967: 115). Das weckt automatisch Erwartungen an generalisierbare Aussagen, auch wenn hinlänglich bekannt ist, dass dies bei wenigen Fällen („small N“) und komplexen Merkmalskombinationen, wie sie die abhängige Variable Regierungsorganisation unzweifelhaft aufweist, nur begrenzt bzw. nur auf einem zur Sterilität tendierenden Abstraktionsniveau möglich ist. Mit Hilfe des „small N“-Designs lassen sich allerdings nicht nur Aussagen über die länderspezifischen Entwicklungspfade der Institutionenpolitik und ihrer Ergebnisse formulieren. Vielmehr erlaubt die vergleichende Untersuchung zumindest die Eingrenzung bzw. Relativierung generalisierter Annahmen über die Institutionenpolitik im Bereich der Regierungsorganisation und die Formulierung empirisch informierter Hypothesen über das Zusammenspiel externen Anpassungs- und Problemdrucks, nationaler Entwicklungspfade und Anpassungsreaktionen der Regierungsorganisation. Hierbei soll der neuerdings verstärkt artikulierte Anspruch sekundäranalytischer Verwertbarkeit von empirischen Fallstudien (Scharpf 2002: 229 f.; Benz 2003b: 379) eingelöst werden.

Literatur

- Aberbach, Joel D./ Putnam, Robert D./ Rockman, Bert A., 1981: *Bureaucrats and Politicians in Western Europe*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Aberbach, Joel D., 2003: Introduction: Administration in an Era of Change. In: *Governance* 16: 3, 315-319.
- Albæk, Erik, 1999: Ekspertvælde? In: Andersen, Jørgen Goul/ Christiansen, Peter Munk/ Jørgensen, Torben Beck/ Tøgeby, Lise/ Vallgård, Signild (Hrsg.): *Den demokratiske udfordring*. København: Hans Reitzels Forlag, 227-246.
- Albæk, Erik, 2004: Ekspert kan være god nok, men... Om fagkundskabens politiske vilkår i dansk politik. Århus: Aarhus Universitetsforlag (i.E.).
- Andeweg, Rudy B., 1992: Executive-Legislative Relations in the Netherlands. In: *Legislative Studies Quarterly* 17: 2, 161-182.
- Andeweg, Rudy B., 2003: On Studying Governments. In: Hayward, Jack/ Menon, Anand (Hrsg.): *Governing Europe*. Oxford: Oxford University Press, 39-60.
- Andeweg, Rudy B./ Nijzink, Lia, 1995: Beyond the Two-Body Image: Relations Between Ministers and MPs. In: Döring, Herbert (Hrsg.): *Parliaments and Majority Rule in Western Europe*. Frankfurt: Campus, 152-178.
- Aspinwall, Mark D./ Schneider, Gerald, 2001: *The Rules of Integration. Institutional Approaches to the Study of Europe*. Manchester: Manchester University Press.
- Baker, Amy, 2000: *Prime Ministers & the Rule Book – The History of the Ministerial Code of Conduct*. London: Politico's Publishing.
- Baumgartner, Frank R./ Leech, Beth L./ Mahoney, Christine, 2003: The Co-evolution of Groups and Government. Prepared for delivery at the Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia, August 28–31, 2003.
- Beck, Ulrich, 1998: *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Benz, Arthur, 1990: Institutionenpolitik. In: Ellwein, Thomas/ Hesse, Joachim Jens/ Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft*. Baden-Baden: Nomos, 359-374.
- Benz, Arthur/ Ast, Susanne/ Frenzel, Albert, 1995: Regionale Institutionenpolitik im Prozeß der Europäisierung. In: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 219-238.
- Benz, Arthur (Hrsg.) 2003a: *Governance – Eine Einführung*, Kurs 3203 der FernUniversität Hagen.
- Benz, Arthur, 2003b: Status und Perspektiven der politikwissenschaftlichen Verwaltungsforschung. In: *Die Verwaltung* 36: 3, 361-388.
- Bevir, Mark/ Rhodes, Rod A.W., 1998: Narratives of Thatcherism. In: *West European Politics* 21: 1, 97-119.
- Bevir, Mark/ Rhodes, Rod A.W., 2003: *Interpreting British Governance*. London: Routledge.
- Bevir, Mark/ Rhodes, Rod A.W./ Weller, Patrick, 2003: Traditions of Governance: Interpreting the Changing Role of the Public Sector. In: *Public Administration* 81: 1, 1-17.

- Blom-Hansen, Jens, 2000: Still Corporatism in Scandinavia? A Survey of Recent Empirical Findings. In: *Scandinavian Political Studies* 23: 2, 158-181.
- Blondel, Jean, 1982: *The Organization of Government. A Comparative Analysis of Governmental Structures*. London: Sage.
- Blondel, Jean, 1985: *Government Ministers in the Contemporary World*. London: Sage.
- Blondel, Jean/ Müller-Rommel, Ferdinand, 1993: *Governing Together: The Extent and Limits of Joint Decision-Making in Western European Cabinets*. Houndmills: St. Martin's Press.
- Blondel, Jean, 1998: *Cabinets in Western Europe*. Basingstoke: Macmillan.
- Böhret, Carl, 1983: *Politik und Verwaltung: Beiträge zur Verwaltungspolitologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bouckaert, Geert, 2004: Die Dynamik von Verwaltungsreformen. Zusammenhänge und Kontexte von Reform und Wandel. In: Jann, Werner/ Bogumil, Jörg/ Bouckaert, Geert/ Budäus, Dietrich/ Holtkamp, Lars/ Kießler, Leo/ Kuhlmann, Sabine/ Mezger, Erika/ Reichard, Christoph/ Wollmann, Hellmut (Hrsg.): *Status-Report Verwaltungsreform. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren*. Berlin: Edition Sigma, 22-35.
- Bröchler, Stephan, 2001: The Berlin Chancellor's Office: From a Government Chancellery's Office to a Virtual Control Centre? In: Federal Ministry of Education and Research/ Forschungszentrum Karlsruhe - Technik und Umwelt/ VDI/VDE-IT (2001): *Innovations for an e-Society. Challenges for Technology Assessment, Congress Papers, October 17-19, 2001, Berlin*. (<http://www.itas.fzk.de/e-society/preprints/egovernance/Broechler.pdf>)
- Brunsson, Nils/ Olsen, Johan P., 1993: *The Reforming Organization*. London: Routledge.
- BT-Drs. 13/10761: *Zweiter Bericht der Bundesregierung über den Anteil von Frauen in wesentlichen Gremien im Einflussbereich des Bundes*.
- Bulmer, Martin, 1993: The Royal Commission and Departmental Committee in the British Policy-making Process. In: Peters, B. Guy/ Barker, Anthony (Hrsg.): *Advising West European Governments. Inquiries, Expertise and Public Policy*. Edinburgh: Edinburgh University Press, 37-49.
- Campbell, Colin, 1983: *Governments Under Stress: Political Executives and Key Bureaucrats in Washington, London and Ottawa*. Toronto: Toronto University Press.
- Caporaso, James/ Jupille, Joseph, 2000: The Europeanization of Gender Equality Policy and Domestic Structural Change. In: Cowles, Maria Green/ Caporaso, James/ Risse, Thomas (Hrsg.): *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 21-43.
- Christensen, Tom/ Lægreid, Per (Hrsg.), 2001: *New Public Management: The Transformation of Ideas and Practice*. Aldershot: Ashgate.
- Christensen, Tom/ Lægreid, Per, 2002: *Reformer og lederskap. Omstilling i den utøvende makt*. Oslo: Universitetsforlaget.
- Christiansen, Peter Munk/ Nørgaard, Asbjørn Sonne/ Sidenius, Niels Chr., 2001: Verbände und Korporatismus auf Dänisch. In: Reutter, Werner/ Rütters, Peter (Hrsg.): *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*. Opladen: Leske + Budrich, 51-74.

- Christiansen, Peter Munk/ Nørgaard, Asbjørn Sonne, 2003a: Faste forhold - flygtige forbindelser. Stat og interesseorganisationer i Danmark i det 20. århundrede. Århus: Aarhus Universitetsforlag.
- Christiansen, Peter Munk/ Nørgaard, Asbjørn Sonne, 2003b: De som meget har... Store danske virksomheder som politiske aktører. Århus: Aarhus Universitetsforlag.
- Clasen, Jochen, 1999: Unemployment Compensation and other Labour-Market Policies. In: Clasen, Jochen (Hrsg.): Comparative Social Policy. Oxford: Blackwell Publishers, 159-178.
- Clasen, Jochen, 2000: Motives, Means and Opportunities. Reforming Unemployment Policies in the 1990s. In: West European Politics 23: 2, 89-112.
- Clemens, Elisabeth S./ Cook, James M., 1999: Politics and Institutionalism: Explaining Durability and Change. In: Annual Review of Sociology 25, 441-466.
- Clifford, Christopher, 2000: Administering the Summit: The British Prime Minister's Office. In: Peters, B. Guy/ Rhodes, Rod A.W./ Wright, Vincent (Hrsg.): Administering the Summit. Administration of the Core Executive in Developed Countries. Houndmills: Macmillan, 25-42.
- Coen, David, 1998: The Large Firm as a Political Actor in the EU. London: Routledge.
- Commission of the European Communities, 2002: The Operating Framework for the European Regulatory Agencies. COM(2002) 718.
- Conseil D'Etat, 2001: Rapport Public 2001. Jurisprudence et avis 2000. Les autorités administratives indépendantes. Paris: La Documentation française.
- Coxall, Bill, 2001: Pressure Groups in British Politics. Harlow: Longman.
- Czada, Roland/ Schimank, Uwe, 2000: Institutionendynamiken und politische Institutionengestaltung. Die zwei Gesichter sozialer Ordnungsbildung. In: Schimank, Uwe (Hrsg.): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit. Frankfurt a.M.: Campus, 23-43.
- Damgaard, Erik, 2000: Parliament and Government. In: Esaiasson, Peter/ Heidar Knut (Hrsg.): Beyond Westminster and Congress. The Nordic Experience. Columbus: Ohio State University Press, 265-280.
- Dean, Mitchell, 1999: Governmentality: Power and Rule in Modern Society. London: Sage.
- Dehousse, Renaud, 2002: Misfits: EU Law and the Transformation of European Governance, Jean Monnet Working Paper 2/02.
- Derlien, Hans-Ulrich, 1986: Soziale Herkunft und Parteibindung der Beamtenschaft. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Verwaltung und Politik in der Bundesrepublik. Stuttgart: Kohlhammer, 115-132.
- Döhler, Marian, 1990: Gesundheitspolitik nach der „Wende“. Policy-Netzwerke und ordnungspolitischer Strategiewechsel in Großbritannien, den USA und der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Edition Sigma.
- Döhler, Marian, 2001: Das Modell der unabhängigen Regulierungsbehörde im Kontext des deutschen Regierungs- und Verwaltungssystems. In: Die Verwaltung 34: 1, 59-91.
- Döhler, Marian, 2002: Institutional Choice and Bureaucratic Autonomy in Germany. In: West European Politics 25: 1, 101-124.

- Döhler, Marian, 2004a: Die politische Steuerung der Verwaltung – eine empirische Untersuchung über Interaktionsmuster in der politiknahen Bundesverwaltung. Habilitationsschrift, Universität Potsdam.
- Döhler, Marian, 2004b: Die begrenzte Rationalität von Delegation und Steuerung in der Bundesverwaltung. In: Ganghof, Steffen/ Manow, Philip (Hrsg.): Theoretische Perspektiven auf das deutsche Regierungssystem. Frankfurt a.M.: Campus (i.V.).
- Döhler, Marian/ Manow, Philip, 1997: Strukturbildung von Politikfeldern – Das Beispiel bundesdeutscher Gesundheitspolitik seit den 50er Jahren. Opladen: Leske + Budrich.
- Döhler, Marian/ Jann, Werner, 2002: Germany. In: OECD (Hrsg.): Distributed Public Governance: Agencies, Authorities and other Autonomous Bodies. Paris: OECD, 61-73.
- Dogan, Mattei, 1975: The Mandarins of Western Europe. The Political Role of Top Civil Servants. New York: Sage.
- Dyson, Kenneth, 1980: The State Tradition in Western Europe. A Study of an Idea and Institution. Oxford: Robertson.
- Efficiency Unit, 1994: The Government's Use of External Consultants. London: HMSO.
- Egelund Lange, Anne, 2002: Resultatopfølgning – kontrol eller læring? In: Ejersbo, Niels/ Greve, Carsten (Hrsg.): Den offentlige sektor på kontrakt. København: Børsens Forlag, 179-196.
- Eising, Rainer, 2002: Die Europäisierung der deutschen Interessenvermittlung und Interessengruppen. Mannheim: MZES.
- Elder, Neil C. M./ Page, Edward C., 2000: Accountability and Control in Next Steps Agencies. In: Rhodes, Rod A.W. (Hrsg.): Transforming British Government. Volume 1: Changing Institutions. Houndmills: Macmillan, 223-237.
- Elgie, Robert, 1996: The French Presidency – Conceptualizing Presidential Power in the Fifth Republic. In: Public Administration 74: 2, 275-291.
- Elgie, Robert, 1999: Semi-presidentialism in Europe. Oxford: Oxford University Press.
- Ellwein, Thomas, 1995: Zu den Eigentümlichkeiten deutscher Verwaltungspolitik. In: Seibel, Wolfgang/ Benz, Arthur (Hrsg.): Regierungssystem und Verwaltungspolitik. Opladen: Westdeutscher Verlag, 254-261.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1996 (Hrsg.): Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies. London: Sage.
- Everson, Michelle/ Majone, Giandomenico/ Metcalfe, Les/ Schout, Adriaan (Hrsg), 1999: The Role of Specialized Agencies in Decentralising EU Governance. Florenz und Maastricht: Europäische Kommission.
- Feick, Jürgen/ Jann, Werner, 1988: "Nations matter" - Vom Eklektizismus zur Integration in der vergleichenden Policy-Forschung? In: Schmid, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fleischer, Julia, 2003: Die Rolle und Steuerung der Agencies auf EU-Ebene. Die europäischen Agencies im Trend der Agencification? Diplomarbeit, Universität Potsdam.

- Fleischer, Julia, 2004: Whose Agent? Die europäischen Agencies im Mehrebenensystem der EU. In: Jann, Werner (Hrsg.): Agencies in Westeuropa. Opladen: Leske + Budrich, (i.V.).
- Flick, Uwe, 1992: Entzauberung der Intuition: Systematische Perspektiven-Triangulation als Strategie der Geltungsbegründung qualitativer Daten und Interpretationen. In: Hoffmeyer-Zlotnik, J.H.P. (Hrsg.): Analyse verbaler Daten. Opladen: Westdeutscher Verlag, 11-55.
- Flynn, Norman/ Strehl, Franz (Hrsg.), 1996: Public Sector Management in Europe. Hemel Hempstead: Prentice Hall.
- Gains, Francesca, 2003: The Agency Story: Contrasting Narratives of Modernisation. Paper presented at the PSA, Leicester, 15-17 April 2003.
- Ganghof, Steffen, 2000: Adjusting National Tax Policy to Economic Internationalisation: Strategies and Outcomes. In: Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hrsg.): Welfare and Work in the Open Economy, Volume II: Diverse Responses to Common Challenges. Oxford: Oxford University Press, 597-645.
- Garrett, Geoffrey, 1995: Capital Mobility, Trade, and the Domestic Politics of Economic Policy. In: International Organization 49: 4, 657-687.
- Garrett, Geoffrey, 1998a: Global Markets and National Politics: Collision Course or Virtuous Circle? In: International Organization 52: 4, 787-824.
- Garrett, Geoffrey, 1998b: Shrinking States? Globalization and National Autonomy in the OECD. In: Oxford Development Studies 26: 1, 71-97.
- Garrett, Geoffrey/ Mitchell, Deborah, 2001: Globalization, Government Spending and Taxation in the OECD. In: European Journal of Political Research 39: 2, 145-177.
- Garrett, Geoffrey/ Weingast, Barry R., 1993: Ideas, Interests, and Institutions: Constructing the European Community's Internal Market. In: Goldstein, Judith/ Keohane, Robert O. (Hrsg.): Ideas and Foreign Policy. Cornell: Cornell University Press, 173-206.
- Geddes, Barbara, 1990: How the Cases You Choose Affect the Answers You Get: Selection Bias in Comparative Politics. In: Political Analysis 2, 131-150.
- Genschel, Philipp, 2000: Der Wohlfahrtsstaat im Steuerwettbewerb. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 267-296.
- Genschel, Philipp, 2002: Globalization, Tax Competition, and the Welfare State. In: Politics & Society 30:2, 245-275.
- Genschel, Philipp, 2003: Globalisierung als Problem, als Lösung und als Staffage. In: Hellmann, Gunther/ Wolf, Klaus Dieter/ Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen – Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 429-464.
- Giaimo, Susan/ Manow, Philip, 1999: Adapting the Welfare State. The Case of Health Care Reform in Britain, Germany and the United States. In: Comparative Political Studies 32: 8, 967-1000.
- Goetz, Klaus H./ Hix, Simon (Hrsg.), 2001: Europeanized Politics? European Integration and National Systems. London: Frank Cass.
- Grande, Edgar, 1993: Die neue Architektur des Staates. Aufbau und Transformation nationalstaatlicher Handlungskapazität – untersucht am Beispiel der Forschungs- und Energie-

- politik. In: Czada, Roland M./ Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag, 51-71.
- Grande, Edgar/ Eberlein, Burkhard, 2000: Der Aufstieg des Regulierungsstaates im Infrastrukturbereich. In: Czada, Roland/ Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre deutsche Einheit. Leviathan-Sonderheft 19. Opladen: Westdeutscher Verlag, 631-650.
- Grant, Wyn, 2000: Pressure Groups and British Politics. Basingstoke: Macmillan.
- Greenwood, Justin/ Aspinwall, Mark D. (Hrsg.), 1998: Collective Action in the European Union: Interests and the New Politics of Associability. London: Routledge.
- Greer, Patricia, 1994: Transforming Central Government: The Next Steps Initiative. Buckingham. Buckingham: Open University Press.
- Greve, Carsten, 2000: Exploring Contracts as Reinvented Institutions in the Danish Public Sector. In: Public Administration 78: 1, 153-164.
- Halvarson, Arne/ Lundmark, Kjell/ Staberg, Ulf, 2003: Sveriges Statsskick – Fakta och perspektiv. Stockholm: Liber.
- Harmsen, Robert, 1999: The Europeanization of National Administrations: A Comparative Study of France and the Netherlands. In: Governance 12: 1, 81-113.
- Hayward, Jack/ Wright, Vincent, 2002: Governing from the Centre: Core Executive Coordination in France. Oxford: Oxford University Press.
- Heffernan, Richard, 2003: Prime Ministerial Predominance? Core Executive Politics in the UK. In: British Journal of Politics and International Relations 5: 3, 347-372.
- Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph, 1999: Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Opladen: Leske + Budrich.
- Heinze, Rolf G., 2002: Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Héritier, Adrienne/ Kerwer, Dieter/ Knill, Christoph/ Lehmkuhl, Dirk/ Teutsch, Michael/ Douillet, Anne-Cécile (2001): Differential Europe: The European Union Impact on National Policymaking. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Hermansson, Jörgen/ Lund, Anna/ Svensson, Torsten/ Öberg, PerOla, 1999: Avkorporatisering och lobbyism – konturerna till en ny politisk modell. Demokratiutredningens forskarvolym XIII, Statens offentliga utredningar 1999:121. Stockholm: Fakta Info Direkt.
- Hesse, Joachim Jens/ Benz, Arthur, 1988: Staatliche Institutionspolitik im internationalen Vergleich. Speyer: Speyerer Arbeitshefte 89.
- Hesse, Joachim Jens/ Benz, Arthur (Hrsg.), 1990: Die Modernisierung der Staatsorganisation. Institutionenpolitik im internationalen Vergleich: USA, Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Hinrichs, Karl/ Kitschelt, Herbert/ Wiesenthal, Helmut (Hrsg.), 2000: Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Campus.
- Hood, Christopher, 1991: A Public Management for all Seasons? In: Public Administration 69: 1, 3-19.

- Hood, Christopher, 1998: *The Art of the State: Culture, Rhetoric and Public Management*. Oxford: Clarendon Press.
- Hooghe, Liesbet/ Marks, Gary, 2001: *Multi-Level-Governance and European Integration*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Huber, Evelyne/ Stephens, John/ Ray, Leonard, 1999: *The Welfare State in Hard Times*. In: Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D. (Hrsg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, 164-193.
- Hustedt, Thurid, 2003: *Erfahrungen mit der Kontraktsteuerung auf der zentralstaatlichen Ebene in Dänemark. Einführung, Entwicklung und Praxis*. Diplomarbeit, Universität Potsdam.
- Hustedt, Thurid, 2004: *Kontakt durch Kontrakt? Ministerien und Agencies in Dänemark*. In: Jann, Werner (Hrsg.): *Agencies in Westeuropa*. Opladen: Leske + Budrich, (i.V.).
- Immergut, Ellen 1992: *Health Politics. Interest and Institutions in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate, 2003: *Europäische Integration*. Opladen: Leske + Budrich .
- Jacobsson, Bengt, 2001: *Hur styrs regeringskansliet? Om procedurer, prat och politik*. WP 2001:8, Stockholm: SCORE.
- Jann, Werner, 1983: *Staatliche Programme und „Verwaltungskultur“ . Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und der Jugendarbeitslosigkeit in Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jann, Werner, 1988: *Politik als Aufgabe der Bürokratie. Die Ministerialbürokratie im politischen System der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien*. In: *Politische Bildung* 21, 39-56.
- Jann, Werner, 1989: *Parlamente und Gesetzgebung: Akteure und Ressourcen der parlamentarischen Gesetzgebung im internationalen Vergleich*, Habilitationsschrift, Hochschule für Verwaltungswissenschaft Speyer.
- Jann, Werner, 1994: *Moderner Staat und effiziente Verwaltung. Zur Reform des öffentlichen Sektors in Deutschland*. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Jann, Werner, 1999: *Instrumente innovativer Verwaltungspolitik*. In: Hoffmann-Riem, Wolfgang/ Schneider, Jens-Peter (Hrsg.): *Rechtswissenschaftliche Innovationsforschung. Grundlagen, Forschungsansätze, Gegenstandsbereiche*. Baden-Baden: Nomos, 145-167.
- Jann, Werner, 2000: *Verwaltungskulturen im internationalen Vergleich*. In: *Die Verwaltung* 33: 3, 325-349.
- Jann, Werner, 2001: *Verwaltungsreform als Verwaltungspolitik: Verwaltungsmodernisierung und Policy-Forschung*. In: Schröter, Eckhard (Hrsg.): *Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Lokale, nationale und internationale Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich, 331-344.
- Jann, Werner, 2002: *Der Wandel verwaltungspolitischer Leitbilder: Von Management zu Governance?* In: König, Klaus (Hrsg.): *Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert*. Baden-Baden: Nomos, 279-303.

- Jann, Werner, 2004: Entwicklungen der Ministerialverwaltung in Mittel- und Osteuropa – organisationstheoretische Zugänge und Hypothesen. In: Benz, Arthur/ Sommermann, Karl-Peter/ Siedentopf, Heinrich (Hrsg.): Institutionenbildung in Regierung und Verwaltung, Festschrift für Klaus König zum 70. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos (i.E.).
- Jann, Werner/ Tiessen, Jan, 2004: Gesetzgebung in Schweden. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Gesetzgebung in den Staaten der Europäischen Union. Opladen: Leske + Budrich (i.E.).
- Jeffery, Charlie, 2002: Social and Regional Interests: ESC and Committee of the Regions. In: Peterson, John/ Shackleton, Michael (Hrsg.): The Institutions of the European Union. Oxford: Oxford University Press, 326-346.
- Jensen, Lotte, 2000: Finansministeriet. In: Knudsen, Tim, 2000a (Hrsg.): Regering og embedsmænd. Om magt og demokrati i staten. Århus: Systime, 209-248.
- Jensen, Lotte, 2003: Den store koordinator. Finansministeriet som moderne styringsaktør. København: Jurist- og Økonomforbundets Forlag.
- Jessop, Bob, 1998: The Rise of Governance and the Risk of Failure: The Case of Economic Development. In: International Social Science Journal, 50: 155, 29-45.
- Jick, Todd D., 1979: Mixing Qualitative and Quantitative Methods: Triangulation in Action. In: Administrative Science Quarterly 24: 4, 602-611.
- Jupille, Joseph/ Caporaso, James A./ Checkel, Jeffrey T., 2002: Integrating Institutions: Theory, Method, and the Study of the European Union. WP 02/27, Oslo: ARENA.
- Kassim, Hussein/ Peters, B. Guy/ Wright, Vincent (Hrsg.), 2000: The National Co-ordination of EU Policy. The Domestic Level. Oxford: Oxford University Press.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1997: Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kavanagh, Dennis/ Richards, David, 2001: Departmentalism and Joined-Up Government: Back to the Future? In: Parliamentary Affairs 54: 1, 1-18.
- Keeler, John T.S./ Schain, Martin, A., 1996: Presidents, Premiers and Models of Democracy in France. In: Keeler, John T.S./ Schain, Martin, A. (Hrsg.): Chirac's Challenge: Liberalization, Europeanization and Malaise in France. London: Macmillan, 23-52.
- Kenis, Patrick/ Schneider, Volker, 1996: Organisation und Netzwerk: Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt a. M.: Campus.
- King, Anthony, 1975: Overload: Problems of Governing in the 1970s. In: Political Studies 23: 2/3, 284-296.
- King, Anthony (Hrsg.), 1985: The British Prime Minister. Houndmills: Macmillan.
- Klenk, Tanja/ Nullmeier, Frank, 2003: Public Governance als Reformstrategie. Düsseldorf: edition der Hans Böckler Stiftung.
- Knill, Christoph/ Lenschow, Andrea (1998): Coping with Europe: The Impact of British and German Administrations on the Implementation of EU Environmental Policy. In: Journal of European Public Policy 5: 4, 595-614.
- Knudsen, Tim, 2000a (Hrsg.): Regering og embedsmænd. Om magt og demokrati i staten. Århus: Systime.

- Knudsen, Tim, 2000b: Magt og demokrati i regering og centraladministration. In: Knudsen, Tim, 2000a (Hrsg.): Regering og embedsmænd. Om magt og demokrati i staten. Århus: Systime, 13-38.
- Knudsen, Tim 2000c: Ledelse- og koordinering i regeringen. In: Knudsen, Tim, 2000a (Hrsg.): Regering og embedsmænd. Om magt og demokrati i staten. Århus: Systime, 53-80.
- Koch, Hubert, 2003: Public Affairs Agenturen: Konkurrent oder Partner der Verbände? In: Verbände-Report 7: 4, 44-49.
- König, Thomas/ Rieger, Günther/ Schmitter, Hermann (Hrsg.), 1997: Europäische Institutionenpolitik. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kooiman, Jan, 2000: Societal Governance: Levels, Modes, and Orders of Socio-Political Interaction. In: Pierre, Jon (Hrsg.): Debating Governance: Authority, Steering, and Democracy. Oxford: Oxford University Press, 138-164.
- Korte, Karl-Rudolf/ Hirscher, Gerhard (Hrsg.), 2000: Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik? Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien. München: Hans-Seidel-Stiftung.
- Kropp, Sabine/ Schüttemeyer, Suzanne/ Sturm, Roland (Hrsg.), 2002: Koalitionen in West- und Osteuropa. Opladen: Leske + Budrich.
- Lahusen, Christian, 2003: 'Public affairs' und kommerzielle Beratungsfirmen in der Europäischen Union. In: Eising, Rainer/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Interessendurchsetzung im europäischen Mehrebenensystem. Baden-Baden: Nomos (im Druck).
- Lane, Jan-Erik (Hrsg.), 1997: Public Sector Reform: Rationale, Trends and Problems. London: Sage Publications.
- Lane, Jan-Erik, 2000: New Public Management. London: Routledge.
- Laver, Michael/ Shepsle, Kenneth A., 1994: Cabinet Government in Theoretical Perspective. In: Laver, Michael/ Shepsle, Kenneth A. (Hrsg.): Cabinet Ministers and Parliamentary Government. Cambridge: Cambridge University Press, 285-309.
- Laver, Michael/ Shepsle, Kenneth A., 1996: Making and Breaking Governments: Cabinets and Legislatures in Parliamentary Democracies. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lehmbruch, Gerhard, 1987: Administrative Interessenvermittlung. In: Windhoff-Héritier, Adrienne (Hrsg.): Verwaltung und ihre Umwelt. Opladen: Westdeutscher Verlag, 11-43.
- Lehmbruch, Gerhard, 1991: The Organization of Society, Administrative Strategies, and Policy Networks. In: Czada, Roland M./ Windhoff-Héritier, Adrienne (Hrsg.): Political Choice: Institutions, Rules, and the Limits of Rationality. Frankfurt a. M: Campus, 121-158.
- Lehmbruch, Gerhard, 1995: Ressortautonomie und die Konstitution sektoraler Politiknetzwerke: Administrative Interessenvermittlung in Japan. In: Bentele, Karlheinz/ Reisert, Bernd/ Schettkat, Ronald (Hrsg.): Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften. Fritz W. Scharpf zu seinem 60. Geburtstag. Frankfurt/M.: Campus, 64-100.
- Lehmbruch, Gerhard/ Singer, Otto/ Grande, Edgar/ Döhler, Marian, 1988: Institutionelle Bedingungen ordnungspolitischen Strategiewechsels im internationalen Vergleich. In: Manfred G. Schmidt (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichen-

- de Analysen. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 19. Opladen: Westdeutscher Verlag, 251-283.
- Lerdell, David /Sahlin-Andersson, Kerstin, 1997: Att lära över gränser. Rapport till Förvaltningspolitiska Institutionen. Statens offentliga utredningar 1997: 33. Stockholm: Finansdepartement.
- Lewis, Jane/ Geewirtz, Sharon/ Clarke, John (Hrsg.), 2003: Rethinking Social Policy. London: Sage.
- Lieberson, Stanley, 1991: Small N's and Big Conclusions: An Examination of the Reasoning in Comparative Case Studies Based on a Small Number of Cases. In: Social Forces 70: 2, 307-320.
- Ling, Tom, 2002: Delivering Joined-Up Government in the UK: Dimensions, Issues and Problems. In: Public Administration 80: 4, 615-642.
- Mackie, Thomas T./ Hogwood, Brian W. (Hrsg.), 1985: Unlocking the Cabinet. Cabinet Structures in Comparative Perspective. London: Sage.
- Majone, Giandomenico (Hrsg.), 1996: Regulating Europe. London: Routledge.
- Majone, Giandomenico, 1997: From the Positive to the Regulatory State: Causes and Consequences of Changes in the Mode of Governance. In: Journal of Public Policy 17: 2, 139-167.
- March, James/ Olsen, Johan P., 1983: Organizing Political Life: What Administrative Reorganization Tells Us About Government. In: American Political Science Review 77: 2, 281-296.
- March, James/ Olsen, Johan P., 1989: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. New York: The Free Press.
- Marks, Gary/ Scharpf, Fritz W./ Schmitter, Philippe C./ Streeck, Wolfgang, 1996: Governance in the European Union. London: Sage.
- Mayer, Klaus/ Naji, Natalie, 2000: Die Lobbyingaktivitäten der deutschen Wirtschaft. In: Recht und Politik 36, 31-43.
- Mayntz, Renate, 1987: Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme – Anmerkungen zu einem politischen Paradigma. In: Ellwein, Thomas/ Hesse, Joachim Jens/ Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft. Baden-Baden: Nomos, 89-110.
- Mayntz, Renate, 1995: Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie. In: Beyme, Klaus von/ Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 26. Opladen: Westdeutscher Verlag, 148-168.
- Mayntz, Renate, 2002: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen. In: Mayntz, Renate (Hrsg.): Akteure – Mechanismen – Modelle. Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen. Frankfurt a.M.: Campus, 7-43.
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz (Hrsg.), 1973: Planungsorganisation. Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes. München: Piper.
- Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W., 1975: Policy-Making in the German Federal Bureaucracy. Amsterdam: Elsevier.

- Mazey, Sonia/ Richardson, Jeremy J., 1993: Interest Groups in the European Community. In: Richardson, Jeremy J. (Hrsg.): *Pressure Groups*. Oxford: Oxford University Press, 191-213.
- McGann, James G./ Weaver, R. Kent (Hrsg.), 2002: *Think Tanks and Civil Societies: Catalysts for Ideas and Action*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Metcalfe, Les, 1994: International Policy Co-ordination and Public Management Reform. In: *International Review of Administrative Science* 60: 2, 271-290.
- Mintzberg, Henry/ Waters, James A. (1985): Of Strategies, Deliberate and Emergent. In: *Strategic Management Journal* 6: 3, 257-272.
- Molander, Per/ Nilsson, Jan-Eric/ Schick, Allen, 2002: *Does Anyone Govern? The Relationship between the Government Office and the Agencies in Sweden*. Report from the SNS Constitutional Project. Stockholm: Studieförbundet Näringsliv och Samhälle.
- Moravcsik, Andrew, 1993: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmentalist Approach. In: *Journal of Common Market Studies* 31: 4, 473-524.
- Moravcsik, Andrew, 1994: *Why the European Union Strengthens the State: Domestic Politics and International Cooperation*, Working Paper Series No. 52. New York: Centre for European Studies.
- Moravcsik, Andrew, 1998: *The Choice for Europe: Social Purpose and State Power From Rome to Maastricht*. Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Müller, Wolfgang C., 1993: Executive-Legislative Relations in Austria: 1945-1992. In: *Legislative Studies Quarterly* 18: 4, 467-494.
- Müller, Wolfgang C./ Strøm, Kaare (Hrsg.), 2003: *Coalition Governments in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Murswieck, Axel, 2003: *Des Kanzler Macht: Zum Regierungsstil Gerhard Schröders*. In: Egle, Christoph/ Ostheim, Tobias/ Zohlhöfer, Reimut (Hrsg.): *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 117-135.
- Naschold, Frieder/ Jann, Werner/ Reichard, Christoph, 1999: *Innovation, Effektivität, Nachhaltigkeit: Internationale Erfahrungen zentralstaatlicher Verwaltungsreform*. Berlin: Edition Sigma.
- Nedelmann, Birgitta (Hrsg.), 1995: *Politische Institutionen im Wandel*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Offe, Claus, 1995: Schock, Fehlkonstrukt oder Droge? Über drei Lesarten der Sozialstaatskrise. In: *Jahrbuch Arbeit und Technik 1995 – Zukunft des Sozialstaates*. Bonn: Dietz, 31-41.
- Olsen, Johan P., 1983: *Organized Democracy: Political Institutions in a Welfare State: The Case of Norway*. Bergen: Universitetsforlaget.
- Osborne, David/ Gaebler, Ted, 1992: *Reinventing Government: How the Entrepreneurial Spirit is Transforming the Public Sector*. Reading, MA: Addison Wesley.
- Østerud, Øyvind/ Engelstadt, Fredrik/ Selle, Per, 2003: *Makten og demokratiet. En sluttbok fra Makt- og demokratiutredningen*. Oslo: Gyldendal Akademisk.
- Ostner, Ilona/ Lessenich, Stephan, 1998: *Welten des Wohlfahrtskapitalismus*. Frankfurt a.M.: Campus.

- Page, Edward C./ Wouters, Linda, 1995: The Europeanization of National Bureaucracies? In: Pierre, Jon (Hrsg.): *Bureaucracy in the Modern State*. Aldershot: Edward Elgar, 185-204.
- Persson, Thomas, 2002: Det svenska Näringsdepartementet i nordisk jämförelse. Varför har det inrättats ett "superdepartement" för ekonomi tillväxt endast i Sverige? Arbetspapper presenterat vid XIII statsvetarkongressen för NOPSA (Nordic Political Science Association) i Aalborg (DK 15-17 augusti 2002). Uppsala: Uppsala Universitet.
- Persson, Thomas, 2003: Normer eller nytta? Om de politiska drivkrafterna bakom Regeringskansliets departementsindelning. Uppsala: Uppsala Universitet.
- Peters, B. Guy, 1998: Managing Horizontal Government: The Politics of Co-ordination. In: *Public Administration* 76: 2, 295-311.
- Peters, B. Guy/ Rhodes, Rod A.W./ Wright, Vincent (Hrsg.), 2000: *Administering the Summit. Administration of the Core Executive in Developed Countries*. Houndmills: Macmillan.
- Peters, B. Guy/ Pierre, Jon (Hrsg.), 2001: *Politicians, Bureaucrats and Administrative Reform*. ECPR Studies in European Political Science. London: Routledge.
- Peterson, John, 1995: Decision-making in the European Union: Towards a Framework for Analysis. In: *Journal of European Public Policy* 2: 1, 69-93.
- Petersson, Olof, 1991: Projektbericht: Demokratie und Macht in Schweden. In: *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 2, 218-237.
- Pierson, Christopher, 1991: *Beyond the Welfare State. The New Political Economy of Welfare*. Cambridge: Polity Press.
- Pierson, Paul, 1994: *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pierson, Paul, 2000: The Limits of Design: Explaining Institutional Origin and Change. In: *Governance* 13: 4, 475-499.
- Plöhn, Jürgen, 2001: Großbritannien. Interessengruppen im Zeichen von Traditionen, sozialem Wandel und politischen Reformen. In: Reutter, Werner/ Rütters, Peter (Hrsg.): *Verbände und Verbandssysteme in Westeuropa*. Opladen: Leske + Budrich, 169-196.
- Pollitt, Christopher, 1984: *Manipulating the Machine. Changing the Pattern of Ministerial Departments, 1960-1983*. London: Allen & Unwin.
- Pollitt, Christopher, 2001: Convergence: The Useful Myth. In: *Public Administration* 79: 4, 933-947.
- Pollitt, Christopher/ Bathgate, Karen/ Caulfield, Janice/ Smullen, Amanda/ Talbot, Colin, 2001: Agency Fever? Analysis of an International Policy Fashion. In: *Journal of Comparative Policy Analysis* 3: 3, 271-290.
- Pollitt, Christopher/ Bouckaert, Geert, 2000: *Public Management Reform. A Comparative Analysis*. Oxford: Oxford University Press.
- Pollitt, Christopher/ Talbot, Colin (Hrsg.), 2003: *Unbundled Government: A Critical Analysis of the Global Trend to Agencies, Quangos and Contractualization*. London: Routledge.
- Quermonne, Jean-Louis, 1993: *L'appareil administratif de l'État*. Paris: Édition du Seuil.
- Premfors, Rune, 1998: Reshaping the Democratic State: Swedish Experiences in a Comparative Perspective. In: *Public Administration* 76: 1, 141-159.

- Regeringen, 2003: Kommittédirektiv: Översyn av strukturen och uppgiftsfördelningen inom samhällsorganisationen. Dir. 2003:10.
- Rhodes, Rod A.W., 1997: *Understanding Governance: Policy Networks, Governance, Reflexivity and Accountability*. Buckingham, PH: Open University Press.
- Rhodes, Rod A.W., 2000a: A Guide to the ESCR's Whitehall Programme, 1994-1999. In: *Public Administration* 78: 2, 251-282.
- Rhodes, Rod A.W., 2000b: The Governance Narrative: Key Findings and Lessons from the ESRC's Whitehall Programme. In: *Public Administration* 78: 2, 345-363.
- Rhodes, Rod A.W./ Dunleavy, Patrick (Hrsg.), 1995: *Prime Minister, Cabinet and Core Executive*. New York: St. Martin's Press.
- Richards, David/ Kavanagh, Dennis (2000): *Can Joined-Up Government be a Reality? A Case Study of the British Labour Government 1997-2000*, Canberra: Australian Political Studies Association 2000 Conference.
- Richardson, Jeremy J. (Hrsg.), 1993: *Pressure Groups*. Oxford: Oxford University Press.
- Ridley, Frederick F., 2000: The Public Service in Britain. From Administrative to Managerial Culture. In: Wollmann, Hellmut/ Schröter, Eckhard (Hrsg.): *Comparing Public Sector Reform in Britain and Germany*. Aldershot: Ashgate, 135-149.
- Rose, Richard/ Suleiman, Ezra N. (Hrsg.), 1980: *Presidents and Prime Ministers*. Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Rothstein, Bo/ Bergström, Jonas, 1999: *Korporatismens fall och den svenska modellens kris*. Stockholm: SNS Förlag.
- Ronit, Karsten (Hrsg.), 1998: *Magtens organisering: stat og interesseorganisasjoner i Danmark*. Kopenhagen: Jurist- og Økonomforbundets Forlag.
- Saalfeld, Thomas, 1990: The West German Bundestag after 40 Years. In: *West European Politics* 13: 3, 68-89.
- Sahlin-Andersson, Kerstin, 2001: National, International and Transnational Constructions of New Public Management. In: Christensen, Tom/ Lægheid, Per (Hrsg.): *New Public Management: The Transformation of Ideas and Practice*. Aldershot: Ashgate, 43-72.
- Sainsbury, Diane, 1999: Gender and Social Democratic Welfare States. In: Sainsbury, Diane (Hrsg.): *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford: Oxford University Press.
- Saint-Martin, Denis, 2000: *Building the New Managerialist State: Consultants and the Politics of Public Sector Reform in Comparative Perspective*. Oxford: Oxford University Press.
- Sandholtz, Wayne/ Stone Sweet, Alec (Hrsg.), 1998: *European Integration and Supranational Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Sartori, Giovanni, 1991: Comparing and Miscomparing. In: *Journal of Theoretical Politics* 3: 3, 243-257.
- Scharpf, Fritz W., 1982: Der Erklärungswert „binnenstruktureller“ Faktoren in der Politik- und Verwaltungsforschung. *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 13. Opladen: Westdeutscher Verlag, 90-104.
- Scharpf, Fritz W., 1987: Grenzen der institutionellen Reform. In: Ellwein, Thomas/ Hesse, Joachim Jens/ Mayntz, Renate/ Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* 1. Baden-Baden: Nomos, 111-151.

- Scharpf, Fritz W., 1988: Verhandlungssysteme, Verteilungskonflikte und Pathologien der politischen Steuerung. In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 19. Opladen: Westdeutscher Verlag, 61-87.
- Scharpf, Fritz W., 1989: Decision Rules, Decision Styles and Policy Choices. In: *Journal of Theoretical Politics* 1: 2, 149-176.
- Scharpf, Fritz W., 1994: Föderalismus im globalen Kapitalismus. Ein Nachwort. In: Scharpf, Fritz W. (Hrsg.): Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa. Frankfurt a.M.: Campus, 156-166.
- Scharpf, Fritz W. 1997a: Globalisierung als Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlicher Politik, MPIfG Discussion Paper 97/1. Köln.
- Scharpf, Fritz W., 1997b: Games Real Actors Play. Actor-centered Institutionalism in Policy Research. Oxford: Westview Press.
- Scharpf, Fritz W., 1999: Governing in Europe: Effective and Democratic? Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, Fritz W., 2000: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Scharpf, Fritz W., 2002: Kontingente Generalisierung in der Politikforschung. In: Mayntz, Renate (Hrsg.): Akteure – Mechanismen – Modelle. Zur Theoriefähigkeit makrosozialer Analysen. Frankfurt a.M.: Campus, 213-235.
- Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hrsg.), 2000: Welfare and Work in the Open Economy, 2 Bände. Oxford: Oxford University Press.
- Schedler, Kuno/ Proeller, Isabella, 2000: New Public Management. Bern: Haupt UTB.
- Schmidt, Manfred G., 1988: Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G. (Hrsg.), 2001: Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil. Opladen: Leske + Budrich.
- Schnapp, Kai-Uwe, 2001: Politischer Einfluss von Ministerialbürokratien in westlichen Demokratien: Eine vergleichende Analyse des Potenzials von Ministerialbürokratien zur Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse in einundzwanzig OECD-Ländern. Dissertation, Freie Universität Berlin.
- Schröter, Eckhard, 2001: Staats- und Verwaltungsreformen in Europa: Internationale Trends und nationale Profile. In: Schröter, Eckhard: Empirische Policy- und Verwaltungsforschung. Lokale, nationale und internationale Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, 415-445.
- Scott, W. Richard, 1995: Institutions and Organizations. London: Sage.
- Sebaldt, Martin, 1997: Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sebaldt, Martin, o.J.: Organisierter Pluralismus in Deutschland. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen ([www.verbaende.com/3Sektor/ Pluralismus.doc](http://www.verbaende.com/3Sektor/Pluralismus.doc)).
- Siedentopf, Heinrich (Hrsg.), 1976: Regierungspolitik und Koordination. Berlin: Duncker & Humblot.

- Siefken, Sven T., 2003: Expertengremien der Bundesregierung – Fakten, Fiktionen, Forschungsbedarf. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34: 3, 483-504.
- Siegel, Nico, 2002: Baustelle Sozialpolitik? Konsolidierung und Rückbau im internationalen Vergleich. Frankfurt a.M.: Campus.
- Silverman, David, 1995: Interpreting Qualitative Data: Methods for Analysing Talk, Text and Interaction. London: Sage.
- Sinn, Hans-Werner, 1994: Wieviel Brüssel braucht Europa? Subsidiarität, Zentralisierung und Fiskalwettbewerb im Lichte der ökonomischen Theorie. In: Staatswissenschaften und Staatspraxis 5, 155-186.
- Six, Perri, 2004: Joined-Up Government in the Western World in Comparative Perspective: A Preliminary Literature Review and Exploration. In: Journal of Public Administration Research and Theory 14: 1, 103-138.
- SOU, 1990: Demokrati och makt i Sverige. Maktutredningens huvudrapport. SOU 1990: 44, Stockholm: Fritzes.
- SOU, 2000: En uthållig demokrati! Politik för folkstyret på 2000-talet. Demokratiutredningens slutbetänkande. SOU 2000: 1, Stockholm: Fritzes.
- Steinmeier, Frank-Walter, 2001: Konsens und Führung. In: Müntefering, Franz/ Machnig, Matthias (Hrsg.): Sicherheit im Wandel, Neue Solidarität im 21. Jahrhundert. Berlin: Vorwärts Verlag, 263-272.
- Steinmo, Sven/ Thelen, Kathleen/ Longstreth, Frank (Hrsg.), 1992: Structuring Politics – Historical Institutionalism in Comparative Analysis. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stoiber, Michael, 2003: Die nationale Vorbereitung auf EU-Regierungskonferenzen. Interministerielle Koordination und kollektive Entscheidung. Frankfurt a. M.: Campus.
- Streeck, Wolfgang, 1999: Europäisierung als Liberalisierung: Perspektiven gewerkschaftlicher Politik im integrierten Europa. In: Streeck, Wolfgang (Hrsg.): Korporatismus in Deutschland: Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Frankfurt a.M.: Campus, 41–66.
- Suleiman, Ezra N., 1974: Politics, Power and Bureaucracy in France. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Thatcher, Mark/ Stone Sweet, Alec, 2002: Theory and Practice of Delegation to Non-Majoritarian Institutions. In: West European Politics 25: 1, 1-22.
- Thelen, Kathleen, 2000: Timing and Temporality in the Analysis of Institutional Evolution and Change. In: Studies in American Political Development 14: 1, 102-109.
- Thiébaud, Jean-Louis, 1997: France: Cabinet Decision-Making under the Fifth Republic. In: Blondel, Jean/ Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Cabinets in Western Europe. Basingstoke: Macmillan, 98-115.
- Turner, Paul W./ Stoiber, Michael, 2002: Interministerielle Netzwerke: Formale und informelle Koordinationsstrukturen bei der Vorbereitung der deutschen Verhandlungsposition zur Regierungskonferenz 1996. In: Politische Vierteljahresschrift 43 :4, 561-605.
- Tiessen, Jan, 2003: Erfahrungen mit Kontraktsteuerung zwischen Ministerien und Agencies in Schweden. Entstehung, Elemente und Praxis eines neuen Steuerungsinstrumentes. Diplomarbeit, Universität Potsdam.

- Tiessen, Jan, 2004: Resultatssteuerung in Schweden: Der Mythos eines rationalistischen Steuerungsinstrumentes. In: Jann, Werner (Hrsg.): Agencies in Westeuropa. Opladen: Leske + Budrich, (i.V.).
- Togebj, Lise/ Andersen, Jørgen Goul/ Christiansen, Peter Munk/ Jørgensen, Torben Beck/ Vallgård, Signild, 2003: Magt og demokrati i Danmark. Hovedresultater fra Magtudredningen. Århus: Aarhus Universitetsforlag.
- Tranøy, Bent Sofus/ Østerud, Øyvind (Hrsg.), 2001: Den fragmenterte staten. Reformer makt og styring. Oslo: Gyldendal Akademisk.
- Türk, Klaus, 1989: Neuere Entwicklungen in der Organisationsforschung: Ein Trend-Report. Stuttgart: F. Enke Verlag.
- Unkelbach, Alexandra, 2001: Vorbereitung und Übernahme staatlicher Entscheidungen durch plural zusammengesetzte Gremien. Speyer: Speyerer Forschungsberichte 216.
- Verba, Sidney, 1967: Some Dilemmas in Comparative Research. In: World Politics 20: 1, 112-127.
- Voelzkow, Helmut/ Eichener Volker (Hrsg.), 1994: Europäische Integration und verbandliche Interessenvermittlung. Marburg: Metropolis.
- Wallace, Helen, 1971: The Impact of the European Communities on National Policy Making. In: Government and Opposition 6: 4, 520-538.
- Wallace, Helen, 1973: National Governments and the European Communities. London: Chatham House.
- Wanna, John/ Jensen, Lotte/ de Vries, Jouke (Hrsg.), 2003: Controlling Public Expenditure: The Changing Roles of Central Budget Agencies – Better Guardians? London: Edward Elgar.
- Weimar, Anne-Marie, 2003: Die Arbeit und die Entscheidungsprozesse der Hartz-Kommission. Dissertation, Universität Potsdam.
- Wiesenthal, Helmut, 2000: Markt, Organisation und Gemeinschaft als 'zweitbeste' Verfahren sozialer Koordination. In: Werle, Raymund/ Schimank, Uwe (Hrsg.): Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit. Frankfurt a.M.: Campus, 44-73.
- Wollmann, Hellmut/ Schröter, Eckhard (Hrsg.), 2000: Comparing Public Sector Reform in Britain and Germany. Aldershot: Ashgate.
- Wright, Vincent/ Hayward, Jack/ Wright, 2000: Governing from the Centre: Policy Coordination in Six European Core Executives. In: Rhodes, Rod A.W. (Hrsg.): Transforming British Government. Volume 2: Changing Roles and Relationships. Houndmills: Macmillan, 27-47.
- Zimmer, Annette, 2000: Perspektiven des Wohlfahrts- und Sozialstaates in Deutschland. In: Gerlach, Irene/ Nitschke, Peter (Hrsg.): Metamorphosen des Leviathan? Staatsaufgaben im Umbruch. Opladen: Leske + Budrich, 91-113.
- Zürn, Michael, 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.